

# **Grundsatzpapier zur Bildungspolitik der Jungen Union Bayern**

-beschlossen auf der Landesversammlung am 23. November 2007 in Bad Windsheim-

## Gliederung

1. Grundsätze	Seite 3
2. Frühkindliche Bildung	Seite 6
3. Grundschule	Seite 9
4. Förderschule	Seite 13
5. Hauptschule	Seite 14
6. Realschule	Seite 16
7. Gymnasium	Seite 14
8. Hochschule	Seite 16
9. Berufliche Bildung	Seite 32
10. Lehrerbildung	Seite 36
11. Lebenslanges Lernen	Seite 40

## 1. Grundsätze

2

3 Die bayerische Bildungspolitik ist erstklassig. Im nationalen Vergleich ist das bayerische  
4 Bildungssystem klar überlegen und besteht im internationalen Vergleich bestens: Die Bildung  
5 in Bayern hat Substanz. Bildung ist dabei immer eine Querschnittsaufgabe: Sie spielt in alle  
6 anderen Politikfelder mit hinein und ist so eine der großen Stellschrauben für die Politik für die  
7 Zukunft. Die Junge Union Bayern will die ständig neuen Veränderungen und Herausforderungen  
8 auf Bildung als Querschnittsaufgabe aufgreifen und Handlungsmöglichkeiten aufzeigen. Das  
9 Ziel muss sein: Die Stellschraube richtig zu drehen – und Bayern als Bildungsland auf dem  
10 Erfolgsweg weiterzuentwickeln.

11

### 12 Grundsätze der zukünftigen Bildungspolitik

13 Der Bildungsauftrag besteht aus Wissen, Werten und der Betonung der  
14 Persönlichkeitsentwicklung:

- 15 • Wissen: Anleitung zum Lernen (exemplarisches Lernen)
- 16 • Werte: Werteinstellungen/Erziehung zum eigenverantwortlichen Handeln bzw.  
17 Gewaltprävention
- 18 • Betonung der Persönlichkeitsentwicklung unter Förderung des persönlichen Einsatzes  
19 und der Eigenmotivation

20 Bei Bildung geht es um den ganzen Menschen, um Zukunftsfähigkeit und um den sozialen  
21 Frieden. Wichtigster Ort für Bildung und Erziehung ist und bleibt vor jeder staatlich  
22 organisierten Bildung grundsätzlich die Familie.

23

### 24 Demokratieerziehung

25 Schüler sollen frühzeitig lernen, wie Gesellschaft praktisch funktioniert und wie der Einzelne  
26 seine Lebensumstände mitgestalten kann. Erst das macht Lust, aktiver Teil der Demokratie zu  
27 sein, zum Beispiel das Wahlrecht wahrzunehmen. Sensibilität aus der eigenen Stärke heraus ist  
28 Grundlage demokratischer Entscheidungen. Es gilt, praktische politische Bildung frühzeitig und  
29 hartnäckig den Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen nahe zu bringen. Wahlrecht und  
30 Bürgerpflichten werden nicht nach Lust und Laune vergeben. Alle müssen den Staat im besten  
31 Sinne mitgestalten. Das muss einer der wesentlichen Aufgaben von Bildung sein. Nur so

1 können auch in Zukunft Streben nach Selbstverwirklichung und gesellschaftliches Miteinander  
2 im Gleichgewicht zum Wohle Aller gehalten werden.

3

#### 4 **Chancengerechtigkeit**

5 Es ist wichtig, dass jede Schulart, sei es die Hauptschule, die Realschule oder das Gymnasium,  
6 die einzelnen Begabungen ihrer Schüler frühzeitig fördert und unterstützt, so dass alle Schüler  
7 selbstbewusst ins Berufsleben starten können. Gemäß dem Grundsatz „kein Abschluss ohne  
8 Anschluss“ muss die Durchlässigkeit im Schulsystem gegeben sein, es soll z.B. auch weiterhin  
9 möglich sein, dass sehr gute Haupt- oder Realschüler die Hochschulreife erlangen können. Hier  
10 wurde mit der Einführung der M-Züge an den Hauptschulen mit dem Abschluss der mittleren  
11 Reife und der FOS und BOS mit dem Abschluss des (Fach)-Hochschulreife schon einiges auf den  
12 Weg gebracht, was jedoch noch ausbaufähig ist. Manchmal geht der „Knoten“ erst später auf.  
13 Wichtig ist hierbei, dass die Motivation von geeigneten Schülern sowie deren Eltern von den  
14 zuständigen Lehrkräften gefördert wird und den Schülern so neue Perspektiven aufgezeigt  
15 werden.

16

#### 17 **Vernetztes Denken und Kommunikationsfähigkeit**

18 Vernetztes Denken, beispielsweise durch projektbezogenes und experimentelles Lernen sowie  
19 fächerübergreifenden Unterricht sind wesentliche Eckpfeiler einer Wissensgesellschaft. Dies  
20 muss daher auch im Bayerischen Schulsystem im Kern berücksichtigt werden. Ergänzt werden  
21 sollte zudem die Förderung der Debattier- und Kommunikationsfähigkeit bayerischer Schüler.

22

#### 23 **Wissensvermittler und Wissensvermittlung auf den Prüfstand**

24 Die Qualifikation und Ausbildung der Wissensvermittler aber auch generell die Qualität von  
25 Wissensvermittlung müssen auf den Prüfstand. Insbesondere erfolgreiche pädagogische  
26 Elemente moderner Wissensvermittler und moderner Wissensvermittlung müssen stärker als  
27 bisher im staatlichen Schulsystem Einzug halten. Wir fordern daher eine engere  
28 Zusammenarbeit zwischen Schulen, Universitäten, Bibliotheken oder auch privaten  
29 Forschungseinrichtungen. Insbesondere Eigenmotivation und die „Ich-Stärke“ junger Menschen  
30 müssen stärker gefördert werden. Schule muss Spaß machen.

31

#### 32 **Globalisierung mitplanen**

33 Schlüsselkompetenzen im globalen Zeitalter wie Sprachen, Mobilität und Flexibilität müssen  
34 stärker als bisher in den Mittelpunkt der Vorbereitung auf das Berufsleben gerückt werden.

1 Gleichzeitig muss die Stärke des bayerischen Systems gerade internationaler viel deutlicher  
2 gemacht werden. Es kann nicht sein, dass OECD-Studien die unterschiedlichen  
3 Bildungsabschlüsse nicht erkennen. Die OECD Studien haben teilweise gravierende  
4 methodische Mängel in der Erhebung, gehen nur ungenügend auf die Besonderheiten  
5 Deutschlands und insbesondere Bayerns (Stichwort: Vernachlässigung der Bedeutung der  
6 Berufsbildung) ein.

7

### 8 **Verschlinkung und Wahlfreiheit im Lehrplan**

9 Ziel der Wissensvermittlung soll nicht „was muss man durchnehmen“, sondern „was muss man  
10 können“ sein. Lehrpläne müssen an Kompetenzen orientiert sein. Im globalen Wissenszeitalter  
11 muss und kann nicht alles und jedes Detailwissen vermittelt werden. Daher müssen die  
12 Lehrpläne verschlankt und Schwerpunkte gesetzt werden. Die Fokussierung auf zentrale  
13 Bereiche wie Deutsch, Mathematik, Fremdsprachen, Naturwissenschaften, christliche Werte,  
14 musische Bildung und Kernkompetenzen sowie die Fähigkeit, sich selbständig Wissen  
15 anzueignen und zu kommunizieren sollen dafür intensiviert werden, statt sich in Detailwissen  
16 zu verlieren. Gleichzeitig endet die Verschlinkung dort, wo mangelnde Tiefe der Qualität  
17 bayerischer Schulen schaden würde. Mehr Wahlmöglichkeiten für den Lehrer, in Bezug auf  
18 Breite und Tiefe des Lehrstoffs (wo das nicht aufgrund der Prüfungsrelevanz unmöglich ist)  
19 sollten geschaffen werden.

20

### 21 **Mehrgliedriges Hochschulsystem: Hochschulen / Fachhochschulen / Meisterschulen**

22 Ähnlich dem Schulsystem sehen wir eine klare Struktur des höheren Schulsystems  
23 (Hochschulen). Die Durchlässigkeit muss gefördert werden. Die JU Bayern tritt weiterhin für das  
24 Erfolgsmodell der dualen Berufsausbildung ein. Allerdings ist auch ein praktischer  
25 Berufsabschluss zu unterstützen, selbst wenn theoretische Kenntnisse nur eingeschränkt  
26 vorhanden sind.

27

### 28 **Anerkennung für ehrenamtliches Engagement**

29 Nehmen Schüler Ehrenämter in der Gemeinde, im Sportverein etc. wahr, stärkt dies ihr  
30 Selbstbewusstsein und ihr Verantwortungsgefühl. Stadt und Schulen sollten sich Konzepte  
31 einer Förderung, zumindest aber einer Form der öffentlichen Anerkennung, der auf diesem Weg  
32 geleisteten Arbeit überlegen. Zeugnisbemerkungen, die Einladung von hundert Jugendlichen im  
33 Jahr zu einem Empfang beim Bürgermeister, eine Ausflugsfahrt, oder der kostenlose Besuch

1 einer städtischen oder staatlichen Institution mit Führung an einem bestimmten Tag wären  
2 relativ kostengünstig umzusetzende Varianten.

3

#### 4 **Wirtschaftliche Dimension von Bildung**

5 Bayern soll zum wettbewerbsfähigsten und dynamischsten wissensbasierten Wirtschaftsraum  
6 der Europäischen Union werden. Ein dauerhaftes Wirtschaftswachstum mit mehr und besseren  
7 Arbeitsplätzen ist nur erreichbar, wenn eine „Wissensgesellschaft“ entsteht, in der  
8 Lebenslanges Lernen selbstverständlich ist. Es betrifft alle Altersklassen und alle sozialen  
9 Schichten und muss gesellschaftlich/schulisch und im Berufsleben stärker als bisher eine Rolle  
10 spielen sowie gezielt gefördert werden.

11

#### 12 **Mehr Eigenverantwortung für die Schulen**

13 Die Substanz des bayerischen Schulsystems ist gut! Auch die bayerischen Schulen sind fähig,  
14 auch fähig zur Eigenverantwortung. Wir wollen die Schulen deshalb in die Freiheit entlassen!  
15 Dies schließt auch die volle Finanzhoheit, die bei der Schule liegen muss, mit ein.

16

#### 17 **Notwendigkeit des Lebenslangen Lernens**

18 Demografischer Wandel, Strukturwandel und eine rasante technologische Entwicklung stellen  
19 die Bildung vor ähnlich große Herausforderungen wie die Globalisierung. Es sollte das Ziel  
20 verfolgt werden, die Bildungsteilhabe zu erhöhen, allen Menschen mehr Chancen zur  
21 persönlichen, ihren Begabungen entsprechenden gesellschaftlichen und beruflichen  
22 Entwicklung zu ermöglichen.

## 23 **2. Frühkindliche Bildung**

24

### 25 **Bildung im Elementarbereich und Sekundarstufe I**

26 Der Begriff „Bildung“ umfasst nicht nur die schulische Bildung. Bildung beginnt nach der Geburt  
27 und ist nach dem Schulbesuch und der beruflichen Ausbildung noch lange nicht abgeschlossen.  
28 In unserer schnelllebigen Zeit lernen und bilden sich die Menschen ihr Leben lang. Dabei soll  
29 Bildung nicht nur Inhalte, sondern auch Werte der jungen Generation näher bringen.

30

### 31 **Strukturelement Kindergarten**

1 Bayern hat bei der Betreuung von drei- bis fünfjährigen Kindern einen Platz in der  
2 Spitzengruppe unter den Ländern. 98,5 Prozent aller Kinder in dieser Altersgruppe haben einen  
3 Betreuungsplatz<sup>1</sup>, die überwiegende Mehrheit davon in Kindergärten. Mit dem Bayerischen  
4 Kinderbildungs- und Betreuungsgesetz haben Kindergärten eine neue und moderne rechtliche  
5 Grundlage bekommen.

6

7 Den Kindergärten kommt eine entscheidende Rolle bei einer stärkeren frühkindlichen  
8 Förderung zu. Dort erlernen Kinder sprachliche Ausdrucksfähigkeiten und soziale Kompetenzen,  
9 die sie später in der Schule benötigen. Auch da aufgrund der demographischen Entwicklung  
10 immer mehr Kinder als Einzelkinder aufwachsen, ist es sinnvoll, dass Kinder im Kindergarten  
11 den Umgang mit Gleichaltrigen lernen. Die Junge Union Bayern verfolgt daher das Ziel, dass  
12 möglichst alle Kinder mindestens im letzten Jahr vor der Einschulung den Kindergarten  
13 besuchen.

14

15 Die Junge Union Bayern spricht sich daher für ein verpflichtendes letztes Kindergartenjahr aus,  
16 das als schulvorbereitendes Jahr mit einer intensiven Förderung sprachlicher Fähigkeiten und  
17 der Vermittlung weiterer Bildungsinhalte ausgestaltet sein soll. Dieses schulvorbereitende  
18 Kindergartenjahr soll gebührenfrei sein und aufgrund des Konnexitätsprinzips vom Freistaat  
19 finanziert werden. Bei der Bezahlung des notwendigen pädagogischen Fachpersonals sollen die  
20 Kommunen angemessen gefördert werden.

21

22

### 23 **Einschulung**

24 Ein wichtiger Punkt in Bezug auf das Schulsystem ist auch eine stärkere Frühförderung. Es muss  
25 geklärt werden, wie früh und wie professionell die Kinder gefördert werden sollen. Trotz vieler  
26 Fördermaßnahmen in Kindergärten und Kindertagesstätten gibt es immer noch viele Kinder –  
27 mit und ohne Migrationshintergrund –, die mit nur geringen Deutschkenntnissen eingeschult  
28 werden.

29 Wir fordern deshalb, nur die Kinder einzuschulen, die zu Beginn des ersten  
30 Grundschuljahres gute Deutschkenntnisse aufweisen, um damit auch nicht die übrigen Schüler  
31 in einer Klasse zu benachteiligen, da Kinder mit geringen Deutschkenntnissen eine  
32 individuellere Förderung benötigen. Um dies sicherzustellen, soll bei allen Kindern im 4.

---

<sup>1</sup> Quelle: Statistisches Bundesamt

1 Lebensjahr ein Sprachtest, der aus organisatorischen Gründen orts- und zeitgleich mit dem  
2 Einschulungstest für die sechsjährigen Kinder stattfindet, durchgeführt werden, so dass bei  
3 diesen Kindern bereits im letzten Jahr vor dem Schulbeginn bereits intensive  
4 Fördermaßnahmen durchgeführt werden können.

5 Die Kinder, die trotz Erreichen des Einschulalters über keine guten Deutschkenntnisse  
6 verfügen, sollen mit einem zusätzlichen Vorschuljahr intensiv in ihrer Sprachkompetenz  
7 gefördert werden. Hier ist ein Weg zu schaffen, wie die Finanzierung dieser Fördermaßnahmen  
8 gestaltet werden kann, sodass die Kommunen mit hohen Ausländerquoten durch den Staat  
9 entlastet werden können.

10

### 11 **Kindergarten der Zukunft**

12 Ganztagsangebote und Konzepte der Betreuung entwickeln sich. Wichtig ist es in dieser Phase  
13 der Neustrukturierung durch das BayKiBiG von erfolgreichen Konzepten der unterschiedlichen  
14 Institutionen zu lernen und diese fortzuentwickeln. Miteinander statt gegeneinander.  
15 Wettbewerb ja, Gegnerschaft nein. Das Rad sollte nicht stets neu erfunden werden. Vorschläge  
16 sind:

- 17 • Flexible Bring- und Holzeiten im Kindergarten, um den realen Familienkonstellationen,  
18 der Erwerbstätigkeit der Eltern, oder den Bedürfnissen von immer mehr  
19 Alleinerziehenden gerecht zu werden. In diesem Sinne ist auch eine vermehrte  
20 Gründung von Betriebskindergärten und Betriebshorten zu unterstützen.
- 21 • Aufbau einer intensiven Frühförderung hinsichtlich motorischer, sprachlicher  
22 Fähigkeiten und sozialer Kompetenzen (gewaltfreies, demokratisches Handeln) als  
23 effektive Bildungsbasis.
- 24 • Forschungs- und Bildungseinrichtungen sollen für die Entwicklung flexibler  
25 Analyseelemente und praxisnaher Arbeitsmaterialien zur Diagnose- und Förderthematik  
26 im Kleinkindalter gewonnen werden.
- 27 • Screeningverfahren dienen der Erfassung des Entwicklungs- und Leistungsstandes von  
28 Gruppen und der einzelnen Gruppenmitglieder. Nur so kann dann individuell und gezielt  
29 der Einzelne seinen Bedürfnissen gemäß gefördert werden. Diese neue Methode muss  
30 zukünftig breitflächig für die frühkindliche Förderung eingesetzt werden.
- 31 • In der öffentlichen Diskussion geht die Sprachförderung der Kinder ohne  
32 Migrationshintergrund nahezu unter. Die Kenntnis und der korrekte Umgang mit der  
33 deutschen Sprache ist für alle Kinder die Bildungsbasis.

- 1 • Frühe Sprachförderung macht nur Sinn, wenn der Kindergarten Logopäden an die Seite  
2 gestellt bekommt. Die Ausbildung der Muskulatur, die das Sprechen erst ermöglicht, ist  
3 der Anfang des Spracherwerbs.
- 4 • Erzieherinnen müssen in Zukunft basierend auf der Früherkennung von Entwicklungs-  
5 bzw. Lerndefiziten deren Behebung anleiten und Möglichkeiten individueller Förderung  
6 aufzeigen können. Für dieses geschärfte Förderprofil des Kindergartens müssen bereits  
7 tätige Erzieherinnen fortgebildet, die Ausbildung darauf besser zugeschnitten werden.
- 8 • Der Kindergarten ist eine Bildungseinrichtung. Ein Wechsel der Verantwortlichkeit ins  
9 Kultusministerium ist deshalb sinnvoll.

10

11

## 12 **3. Grundschule**

13

### 14 **Grundlegendes**

15 Die Grundschule sollte in der 4. Klasse Eltern und Schüler besser über die verschiedenen  
16 Bildungswege informieren. Es sind Lösungen zu schaffen, den Druck der Schüler, eine höhere  
17 Schule nach der 4. Klasse besuchen zu müssen, abzubauen, um ein Lernen der Inhalte wegen zu  
18 ermöglichen. Die Durchgängigkeit zwischen den einzelnen Schularten sollte vermittelt werden.  
19 Der Grundschule fehlen jetzt die personellen Voraussetzungen, um die Kinder individuell zu  
20 fördern. Die Klassen müssen verkleinert werden; 30 Kinder in einer Klasse sind zu viel, die  
21 maximale Klassengröße müsste deutlich nach unten korrigiert werden. Auch in jungen Jahren  
22 sollten freie Unterrichtsformen ausgebaut und so Sozialkompetenzen erlernt werden. Ein  
23 flächendeckendes Angebot an Grundschulen muss im ganzen Freistaat gewährleistet bleiben.  
24 Nach dem Motto: „kurze Beine, kurze Wege!“ sollte jede politische Gemeinde eine eigene  
25 Grundschule haben.

26

### 27 **Ablehnung einer Orientierungsstufe**

28 Die vierjährige Grundschule soll erhalten bleiben, aber die Durchlässigkeit zwischen den  
29 Schultypen muss weiter erhöht werden. Durch frühzeitige Aufklärung von Eltern über sämtlich  
30 Bildungswege auch in höheren Jahrgangsstufen und nach dem Schulabschluss soll der Druck  
31 auf Eltern von Grundschulern abgebaut werden, zum Beispiel nach dem Motto: „es gibt in  
32 Bayern 30 verschiedene Wege zur Hochschule“.

1

**2 Schüler mit Migrationshintergrund**

3 Kinder, die über keine oder sehr geringe Deutschkenntnisse verfügen, sollten dies bereits vor  
4 der Einschulung lernen. Die Bedeutung von Bildung muss den Eltern, die mit schulpflichtigen  
5 Kindern ins Land kommen, verdeutlicht werden, so dass diese in die schulische Leistungskultur  
6 eingeführt werden. Grundsatz muss ein: An bayerischen Schulen wird nur deutsch gesprochen!

7         Gibt es an einer Schule sehr viele Schüler mit Migrationshintergrund, die keine guten  
8 Deutschkenntnisse besitzen, müssen treffsichere Maßnahmen zur sprachlichen Integration  
9 ergriffen werden. Es ist der Einzelfall zu prüfen, inwieweit die Schüler differenziert im  
10 Klassenverband oder in einer homogenen Fördergemeinschaft niveaugerecht und pädagogisch  
11 sinnvoll gefördert werden können. In Schulen mit vielen Kindern nichtdeutscher Muttersprache  
12 müssen die Klassenstärken gesenkt werden. Allerdings muss für diese zu integrierenden  
13 Schüler der Förderunterricht Deutsch Pflicht- und auch Vorrückungsfach sein.

14 Fördern die Eltern die Kinder beim Erlernen der deutschen Sprache nicht mit allen ihnen zur  
15 Verfügung stehenden Möglichkeiten, oder verweigern sie das Bekenntnis zum Grundgesetz und  
16 die Integration in unsere Kultur (ohne ihre eigene dabei aufzugeben), sollte ihnen der Staat  
17 Sanktionen, darunter auch Bußgelder, androhen und diese gegebenenfalls auch ausführen  
18 dürfen.

19

**20 Persönlichkeitsentwicklung**

21 In der bayerischen Verfassung steht, „die Schulen sollen nicht nur Wissen und Können  
22 vermitteln, sondern auch Herz und Charakter bilden“ (Art. 131, Abs.1). An diesen Bildungszielen  
23 halten wir fest, appellieren aber auch an die Eltern, ihren Erziehungsauftrag hinsichtlich dieser  
24 Punkte zu erfüllen. Denn die Vermittlung von Werten wie Ehrlichkeit, Verlässlichkeit und  
25 Anstand und Sozialkompetenzen sind die Basis einer demokratischen Gesellschaft und in erster  
26 Linie Aufgabe des Elternhauses. Nichts desto trotz muss die Schule einen entscheidenden  
27 Beitrag dazu leisten, diese Werte zu vermitteln und weiterzuentwickeln Neben der  
28 Leistungserhebung sollte die Schule bei den Schülern die Ausbildung von  
29 Verantwortungsbewusstsein und Gemeinschaftssinn anleiten. Das Augenmerk sollte von der  
30 hauptsächlich punktuellen Leistungserhebung zur Beobachtung und Verbesserung des  
31 Lernprozesses übergehen. Ziel sollte dabei sein, dass Schüler am Ende ihrer Schullaufbahn auf  
32 Wissen und Können sicher zurückgreifen können (Output-Orientierung).

1 Weiter ist in der bayerischen Verfassung zu lesen: „Die Schüler sind im Geiste der  
2 Demokratie, in der Liebe zur bayerischen Heimat und zum Deutschen Volk im Sinne der  
3 Völkerversöhnung zu erziehen“ (Art. 131, Abs. 3). Die Förderung der Liebe zur bayerischen  
4 Heimat kommt zu kurz, da der Heimat- und Sachunterricht nur bis zur 4. Klasse Grundschule  
5 angeboten wird. Der HSU sollte auch in höheren Klassen angeboten oder zumindest in anderen  
6 Fächern mit eingebunden werden. Die Schülerinnen und Schüler sollen begreifen, was Heimat  
7 ist und bedeutet. Zudem sollte das Fach Sozialkunde in Heimat- und Sozialkunde abgeändert  
8 werden und schon in früheren Jahrgangsstufen beginnen. Ein gesunder Patriotismus ist die  
9 beste Prävention gegen übersteigerten Nationalismus und trägt Wertschätzung der Heimat bei.

10

### 11 **Ja zum Notensystem**

12 Gute Noten sind ein Grund zur Freude. Schlechte Noten sollen zu mehr Fleiß anspornen. Daher  
13 wollen wir das Notensystem ab der zweiten Klasse in bewährter Form beibehalten. Noten sind  
14 auch wichtig für die Eltern, damit sie wissen, wo ihre Kinder stehen.

15

### 16 **Nachmittagsbetreuung mit Mittagsverpflegung**

17 In vielen Familien wollen oder müssen beide Elternteile arbeiten oder es ist nur ein Elternteil an  
18 der Erziehung beteiligt. Daher wollen wir an allen Schulen Angebote zur Nachmittagsbetreuung  
19 schaffen. Diese sollen eine gesunde Mittagsverpflegung und eine Hausaufgabenhilfe  
20 einschließen. Die Mittagsverpflegung ist von den Eltern zu finanzieren. Die Personalkosten für  
21 die Nachmittagsbetreuung und Hausaufgabenhilfe sollten sich Staat und kommunaler  
22 Sachaufwandsträger teilen und nicht die Eltern damit belasten,. An größeren Schulstandorten  
23 sind Ganztagsklassen, die pädagogisch Vorteile bieten, organisatorisch machbar. Eltern sollen  
24 aber nicht gezwungen werden, ihre Grundschulkinder für den ganzen Tag abzugeben, weil  
25 keine Halbtagschule in der Nähe ist.

26

### 27 **Spielerisches Lernen von Fremdsprachen**

28 Spielerisches Lernen von Fremdsprachen wird bereits in einigen Kindergärten mit Erfolg  
29 betrieben. Dies sollte an der Grundschule fortgesetzt werden. Einheitlich sollte Englisch  
30 einstündig in der 2. Klasse und ab der 3. Klasse zweistündig unterrichtet werden, um in der 5.  
31 Klasse aller Schulen darauf aufbauen zu können. Weitere Sprachangebote sollen in der  
32 Eigenverantwortung der Schulen liegen. So werden die Schüler fit für den Arbeitsmarkt von  
33 morgen.

1

**2 Partnerschaft Grundschulen mit Kindergärten**

3 Der Übergang vom Kindergarten auf die Schule kann weiter verbessert werden. Schulkinder ab  
4 der zweiten Klasse sollten im Kindergarten den Kindern vorlesen. Das stärkt deren  
5 Lesemotivation und baut mögliche Ängste der Kindergartenkinder vor der Schule ab.  
6 Schnuppertage der Kindergartenkinder an der Schule und die Aktion "Wir spielen Schule"  
7 können dazu ebenso beitragen.

8

**9 Partnerschaft von Grundschule mit weiterführenden Schulen und Hochschulen**

10 Wie der Übergang zwischen Kindergarten und Grundschule, so soll auch der Übergang zu  
11 höheren Schulen verbessert werden. Schnuppertage können Ängste abbauen und die  
12 Entscheidung für den richtigen Schultyp erleichtern. Kinderunitage an Hochschulen haben sich  
13 ebenfalls bewährt. Sie steigern die Lernmotivation.

14

**15 Lehrerbildung**

16 Wir leben in einer Mediengesellschaft. Der Fernseher erzieht die Kinder mit. Medienerziehung  
17 ist daher an der Schule nötig. Die Welt wandelt sich immer schneller. Das Lernen zu lernen ist  
18 daher wichtiger als so manches Detailwissen. Neue neurowissenschaftliche Erkenntnisse und  
19 moderne Lerntechniken müssen zur Anwendung kommen. Teamarbeit in Projektgruppen ist  
20 gefragt. Das erfordert neue Unterrichtsinhalte und -formen, die die Lehrer in Fortbildungen und  
21 die Lehramtsstudenten an der Universität lernen müssen. Zu den Fortbildungsmöglichkeiten  
22 sollten die Lehrkräfte genügend Unterstützung und Motivationen z.B. durch Rhetorik Kurse  
23 oder Erlebnispädagogik Kurse erhalten.

24

**25 Möglichkeit einer zentralen Abschlussprüfung**

26 Wir sehen kritisch, dass es in der 4. Klasse so unterschiedliche Übertrittszahlen gibt. Dies lässt  
27 darauf schließen, dass die Notengebung je nach Schule auch sehr unterschiedlich ist. Eine  
28 zentrale Prüfung im Laufe des 4. Schuljahres würde dies objektivieren und den Auswahlprozess  
29 gerechter machen.

30

31

**32 4. Förderschule und Förderunterricht**

1 Statistiken zeigen, dass der Bedarf an Förderschulen immer größer wird. Wenn es keine  
2 Änderung in den Grundschulen gibt, wird die Förderschule aufgrund ihrer besseren  
3 Voraussetzung zur individuellen Förderung, wie z.B. der Förderung der körperlichen und  
4 geistigen Entwicklung oder der Sprachkompetenz, immer mehr als „Reparaturwerkstatt“  
5 dienen. Um den Bedarf an mehr Förderung zu begegnen sind mehr Kapazitäten für mobile  
6 sonderpädagogische Dienste bereitzustellen.

7 Um in eine angemessene Förderschule zu kommen, müssen erziehungsschwierige  
8 Kinder oft einen weiteren Schulweg in Kauf nehmen. Um zu verhindern, dass diese Kinder aus  
9 der eigenen Umgebung herausgelöst werden, fordern wir, ein dichteres Netz an Förderschulen  
10 der verschiedenen Fachrichtungen aufzubauen, um förderbedürftigen Kindern wohnortnah  
11 Chancen für ihre berufliche Zukunft zu geben. Hierzu könnte auch eine Angliederung an die  
12 Teilhauptschulen überdacht werden. Die Förderschulen müssen bei einer bei einer Steigerung  
13 der Durchlässigkeit zwischen den einzelnen Schularten mit einbezogen werden. Schüler mit  
14 dem Förderschwerpunkt Lernen haben schlechte Chancen am Arbeitsmarkt. Eine zusätzliche  
15 Förderung über ein Förderausbildungswerk wäre sinnvoll.

16 Der bundesweite vorbildliche Förderunterricht an Bayerns Grundschulen muss beibehalten und  
17 nach Möglichkeit ausgebaut werden.

18

## 19 **5. Hauptschule**

20

### 21 **Hin zur „Praxisschule“**

22 In unserer Gesellschaft wird der Hauptschule zu wenig Anerkennung zu Teil. Dies ist für  
23 Hauptschüler und Hauptschullehrer eine große Belastung und hat deutliche Auswirkungen auf  
24 die Schulleistungen. Deshalb fordern wir die vom Kultusministerium angeregte und durch  
25 Verbände und die gesamte Gesellschaft gestützte „Imagekampagne“ für die Hauptschule, die  
26 klar macht, dass die Hauptschule eine Schulart ist, in der mehr die praktischen Begabungen  
27 gefördert werden, und die aufgrund dessen genauso wie die anderen Schularten ihre  
28 Notwendigkeit hat und Anerkennung verdient. Insgesamt muss deutlicher aufgezeigt werden,  
29 dass in den Hauptschulen guter, praxisnaher Unterricht gemacht wird.

30 Eine Umbenennung der Hauptschule wäre das falsche Signal und würde sich nicht positiv  
31 auswirken. Sie würde zusätzliche Mittel verschlingen, die bei den Schülern besser angelegt  
32 seien.

33

## 1 Einbeziehung ins gesellschaftliche Umfeld

- 2 • Anerkennung und Selbstvertrauen der Schüler in ihre Talente fördern durch Projekte im  
3 gesellschaftlichen Umfeld der Schule, der eigenen Stadt bzw. Landkreis. Mehr  
4 Selbstvertrauen führt zu erhöhter Leistungsbereitschaft der Schüler. Im Umgang mit  
5 den eigenen Stärken und Schwächen werden Grundkompetenzen für das spätere  
6 Auftreten im Beruf erworben.
- 7 • Die zunehmende Profilierung der Hauptschule in der Öffentlichkeit als erfolgreiche  
8 praxisnahe Bildungsstätte sollte weiter forciert werden. Der Ausbau örtlicher  
9 Partnerschaften mit Handwerk und Unternehmen zum gegenseitigen Kennen lernen  
10 und Wertschätzen hat sich dabei bewährt. Dieser Ansatz könnte erweitert werden.  
11 Handwerksmeister als Fachleute aus der Praxis könnten durch praxisorientierte  
12 Zusatzkurse (z.B. "Kochen mit dem Chef") an Hauptschulen Interesse am Handwerk  
13 wecken und ein realistisches Berufsbild vermitteln. Mentoringkonzepte wären eine  
14 weitere Möglichkeit Schüler ins Gespräch mit Wirtschaftsvertretern zu bringen, sich  
15 gegenseitig kennen zu lernen.

16

## 17 Einsatz von Sozialpädagogen

18 Der Einsatz von Sozialpädagogen als Mittler zwischen Schülern, Lehrern und Eltern in  
19 Problemfällen ist zu unterstützen. Als Eingreifkräfte vor Ort, bevor etwas passiert, wenn  
20 Konflikte sich androhen. Prävention statt Notfalleinsatz. Der gezielte Einsatz von mehr  
21 Schulpsychologen ist gerade bei zunehmendem Stundenumfang und längeren Verweildauern  
22 der Schüler an den Schulen wichtig.

23 Die Personalkosten für Sozialpädagogen und Psychologen an Schulen sind vollständig vom  
24 Freistaat zu tragen.

25

## 26 Förder- und Fachlehrer für Erhöhung der Differenzierung und Modularisierung

27 Ebenso sollte der Einsatz von Förder- und Fachlehrern verstärkt werden. Sie sind für eine  
28 weitere Differenzierung und Modularisierung unbedingt nötig. Nicht nur „Projektschulen“  
29 sollten sich profilieren können. Stundenabbau muss auf jeden Fall vermieden, tatsächlich sollte  
30 die Stundenzahl insgesamt erhöht werden

## 31 Zusätzliche Aktivitäten

1 Der Stundenpool sollte zugunsten von Arbeitsgemeinschaften erhöht werden, etwa für  
2 Schulhausgestaltung, Chor, Musikgruppe, Sportangebote, z.B. „Sport nach 1“, Teilnahme an  
3 Wettbewerben, Schauspiel oder Schülerzeitung. Theoretisch wären diese Aktivitäten auch im  
4 regulären Unterricht (etwa Theaterspielen im Fach Deutsch) gut angesiedelt, dessen  
5 Stundenzahl dann ausgebaut werden müsste.

6

### 7 **Stufenweise in den Beruf**

- 8 • Ab der siebten Klasse können Hauptschüler Schritt für Schritt den Weg zum  
9 selbstständigen und erfolgreichen Bewerbern erlernen, indem sie bei örtlichen Betrieben  
10 ihre Ansprüche erproben und Chancen einschätzen lernen. Hauptschüler lernen über  
11 mehrere Jahrgangsstufen hinweg bei Betriebsbesuchen, Gesprächen mit  
12 Firmenvertretern und beim Arbeiten mit Azubis und das Anspruchsprofil der Berufe  
13 kennen und erhalten einen realitätsnahen Einblick in die Berufsausbildung.
- 14 • Praktikumsstellen gibt es in wirtschaftlich angespannter Lage nicht unbegrenzt. Deshalb  
15 ist es wichtig, dass sich Schulen untereinander und mit der Wirtschaft langfristig  
16 absprechen, damit alle Schüler die Möglichkeit haben, bei entsprechender Leistung  
17 attraktive Angebote wahrnehmen zu können.
- 18 • Azubis in die Schule statt Praktika: Zusammenarbeit zwischen Hauptschule und  
19 Berufsschule. Im Deutschunterricht der Berufsschule lernen die Azubis ihren eigenen  
20 Arbeitsbereich vor den Hauptschülern zu präsentieren und können dabei ihre  
21 Fähigkeiten im Ausdruck und Auftreten prüfen. Die Hauptschüler hören von einem fast  
22 Gleichaltrigen, vielleicht direkter vermittelt, von Anforderungen und vorausgesetzten  
23 Fähigkeiten seitens der Betriebe. Dieses Wissen können die Hauptschüler dann gezielt  
24 bei ihrer Ausbildungsplatzsuche nutzen.
- 25 • Eltern sollten, soweit es möglich und sinnvoll ist, frühzeitig in die Ausbildungsplanung  
26 einbezogen werden. Die Wahrscheinlichkeit steigt dann, dass die Jugendlichen die  
27 Ausbildung nicht vorzeitig abbrechen und es weniger Probleme bei den  
28 Sekundärtugenden wie z.B. Pünktlichkeit etc. gibt.
- 29 • Eine Aufschlüsselung der Noten im Hauptschulzeugnis z.B. in Mathematik, in welchen  
30 Teilbereichen (Prozentrechnung, Geometrie etc.) die Stärken des Schülers liegen, würde  
31 interessierten Ausbildungsbetrieben helfen, das tatsächliche praktisch relevante Wissen  
32 besser abschätzen zu können.

- 1 • Effektivität und Erfolge der BGA-Klassen und des BVJ- Jahres sollten evaluiert und  
2 Möglichkeiten regionaler Spezifizierung oder Verbesserungsmöglichkeiten im Verbund  
3 der Metropolregion erwogen werden.
- 4 • Berufsvorbereitung muss einen festen Platz in der Schule haben. Eigene Stunden für  
5 begleitetes Bewerben (Ausbildungsplatzwahl über Bewerbung schreiben bis hin zum  
6 Vorstellungsgespräch) wären sinnvoll.

7

### 8 **Teilhauptschulen (THS)**

9 Es sind bereits viele THS geschlossen worden, die Schließungen werden wohl noch weiter  
10 zunehmen. Die Alternative dazu sind Kombiklassen. Diese werden gebildet, da die Anzahl der  
11 Schüler in manchen Gebieten stark zurückgeht. Aber: nach dem Prinzip der GS „Kurze Beine,  
12 kurze Wege“ den Schulweg „begehrbar“ lassen, auch sind Schulzentren nicht gerade  
13 schülerfreundlich da sie unpersönlich sind und Schüler leicht „untergehen“ können

14

### 15 **Kein zentrales Hauptschulranking einführen**

16 Ein zentrales Hauptschulranking ist nur möglich, wenn Leistungsfeststellungen jeglicher Art  
17 durch eine übergeordnete Instanz „kontrolliert“ werden. Der finanzielle und zeitliche Aufwand  
18 dafür ist enorm, auch nimmt man den Lehrkräften die Fähigkeit ab, den Leistungsstand  
19 der Klasse einzuschätzen. Ziel der HS ist vorrangig, dass alle Schüler eine Jahrgangsstufe bestehen.  
20 So muss es Unterschiede geben. Ein Benchmarktest aller Hauptschulen ist somit abzulehnen.

21

### 22 **Ausbau der Ganztageschule**

23 Das Konzept der offenen Ganztageschule sollte je nach örtlichem Bedarf zunächst im  
24 Hauptschul- und Grundschulbereich weiter ausgebaut werden. Bei Einführung einer  
25 gebundenen Ganztageschule sollte der jeweilige örtliche Bedarf entscheiden.

26

## 27 **6. Realschule**

28

### 29 **Verbesserung der Durchlässigkeit**

30 Um einen flexiblen Schulwechsel auch in höheren Jahrgangsstufen noch gewährleisten zu  
31 können, muss die Durchlässigkeit im bayerischen Schulsystem weiter verbessert werden. Die  
32 Realschule steht hier im „Austausch“ sowohl mit der Hauptschule als auch dem Gymnasium. Es

1 sollte ermöglicht werden, dass Schüler auch in Klassen über der Jahrgangsstufe 5 noch  
2 wechseln könne. Dies kann durch Förderangebote für geeignete Schüler geschehen sowie eine  
3 begrenzte Abstimmung der Lehrpläne.

4  
5  
6

#### 7 **Klassenstärke verringern**

8 Auch bei den Realschulen ist die Klassenstärke zu hoch. Dies wird verstärkt durch den Willen  
9 der Eltern, das Kind in jedem Fall „mindestens“ auf die Realschule zu schicken. Dadurch steigen  
10 die Schülerzahlen an, während das Lehrerniveau abbaut. Die Schülerhöchstgrenze ist mit  
11 derzeit 34 Schülern viel zu hoch. Die anvisierten 33 im nächsten Schuljahr dürfen allenfalls ein  
12 Zwischenziel sein. Eine Schülerzahl von unter 30 ist für die Realschulen anzupeilen.

13  
14

### 15 **7. Gymnasium**

16

#### 17 **Keine „Bachelorisierung des Abiturs“ in Bayern**

18 Ein bundesweites Zentralabitur ist grundsätzlich abzulehnen. Bundeseinheitliche  
19 Mindeststandart saug bayerischem Niveau sind dagegen anzustreben. Landesweite  
20 Zentralabiturprüfungen sind in allen Bundesländern einzuführen.

21

22 Zu überprüfen ist bereits jetzt, ob das bayerische Abitur in Konkurrenz zu Abiturienten anderer  
23 Länder bei Studienplatzwahl oder Berufssuche tatsächlich einen Vorteil bietet, da die  
24 bayerischen Absolventen durch ihre im Mittel schlechteren Durchschnitte aufgrund schwieriger  
25 Prüfungen, ansonsten benachteiligt wären. Die Qualität des Abiturs in Bayern muss erhalten  
26 bleiben.

27

#### 28 **Schnittstelle Schule/Hochschule**

29 80 Prozent aller Abiturienten entscheiden sich für ein Studium. Obwohl die Wahl des  
30 Studienfachs den weiteren Lebensweg entscheidend mitbestimmt, fühlen sich viele  
31 Abiturienten unzureichend über Inhalte, Perspektiven oder Berufsfelder ihres Studienfaches und  
32 der Art ihres Abschlusses (Diplom, M.A. oder staatliche Prüfung) sowie deren Varianten  
33 informiert. Nicht selten führt dies während des Studiums zu einem Wechsel in ein neues

1 Studienfach, wodurch wertvolle Studienzeit verloren geht. Je vernetzter Gymnasium und  
2 Hochschule sind, desto besser sind die Informationsmöglichkeiten zu einem frühen Zeitpunkt.  
3 Damit junge Menschen ihre Studienentscheidung in Zukunft besser treffen können, ist ein  
4 Ausbau an Studienberatung in der Sekundarstufe II notwendig.

5

### 6 **Berufsvorbereitung**

7 20 Prozent aller Abiturienten entscheiden sich gegen das Studium. Dieser beträchtliche Anteil  
8 darf nicht ignoriert werden. Auch wenn die Hinführung zum Studium ein wesentlicher Auftrag  
9 ist, muss das Gymnasium auch als Vorbereitung auf eine Berufsausbildung taugen. Einführung  
10 eines Berufsberaters an den Gymnasien, externe Kontaktpflege mit der Wirtschaft, oder  
11 Praktikantenprogramme für erste Praxiserfahrung, die Gymnasiasten tendenziell zu spät  
12 machen, sollten in Betracht gezogen werden.

13

### 14 **Selbständiges wissenschaftliches Arbeiten**

15 Von den Universitäten wird bei den frühen Semestern oft die mangelnde Fähigkeiten zu  
16 selbständigem wissenschaftlichen Arbeiten und zu geringes Abstraktionsvermögen bemängelt.  
17 Zu sehr richte sich der Unterricht im Gymnasium auf die Reproduktion von Wissen aus und zu  
18 wenig auf der selbständigen, möglichst projektorientierten wissenschaftlichen Arbeit. Die  
19 Anfertigung einer Facharbeit in der Kollegstufe ist als singuläre Erfahrung einer solchen  
20 wissenschaftlichen Projektarbeit zu wenig

21

### 22 **Förderung von extracurricularen Aktivitäten**

23 Leistungen aus Arbeitsgruppen wie Fotografie oder Schulsport können bis zu einem gewissen  
24 Umfang in das Abiturzeugnis mit eingebracht werden. Vorher ist dies nicht möglich. Im Sinne  
25 von Teamarbeit, Interaktivität und der verfassungsmäßig vorgeschriebenen „Herz- und  
26 Charakterbildung“ ist eine Einführung mindestens einer ausgewiesenen benoteten Aktivität aus  
27 dem Programm extracurricularer Aktivitäten bereits in der Unter- und Mittelstufe sinnvoll. Eine  
28 Nennung dieser Tätigkeit im Zeugnis und eine gleichrangige Aufführung gemeinsam mit den  
29 Schulfächern und nicht nur als textlicher Kommentar würden die Motivation erhöhen und den  
30 oben beschriebenen Lernerfolg begünstigen. Die Umstellung auf das G8 hat an Gymnasien  
31 durch knappes Stundenbudget zu einer starken Reduzierung außerunterrichtlicher Aktivitäten  
32 (Schulsport, Kunst- und Musikbereich) geführt. Im Sinne einer kreativitätsfördernden Bildung  
33 und zur Stärkung der Fähigkeiten eines sozialen Miteinanders sollte jede Schule 12 Stunden  
34 zusätzlich zu ihrem Budget explizit nur dafür zur Verfügung gestellt bekommen.

1

2

### 3 **Ruhe in die „Baustelle Gymnasium“ bringen**

4 Nach der G8-Reform, die von den Gymnasien und ihren Lehrerinnen und Lehrern viel Leistung  
5 abverlangte, sollte eine längere Phase der Konsolidierung für den Gymnasialbetrieb kommen.  
6 Dazu gehören: Die endgültige Klärung über das Verfahren mit dem letzten G9-  
7 Abschlussjahrgang im Jahr 2011, eine weitere Straffung der Lehrpläne auch gegen  
8 „Besitzstandswahrer“ in den Fachschaften um wieder mehr Freiraum für den Herz- und  
9 Charakterbildungsanteil des Bildungsauftrags zu haben sowie ebenfalls die Vollendung der  
10 Schulmensabauten.

11

### 12 **Neues Gewicht für ästhetische Erziehung**

13 Im Zuge der verlängerten Schultage durch das G8 verbringen Lehrer und Schüler mehr Zeit an  
14 der Schule. Die Gymnasien sollten vom Arbeitsort noch stärker zum gemeinsamen, positiv  
15 erfahrenen, Lebensraum werden, zu einem lernenden Miteinander finden. Deshalb muss die  
16 ästhetische Erziehung am Gymnasium ein neues Gewicht erhalten. Die Chancen im Bereich der  
17 Persönlichkeitsentfaltung und der Förderung bzw. dem Ausbau der kreativen Kräfte dürfen  
18 nicht kurzsichtiger Lerneinschränkung zum Opfer fallen. Später im Berufsleben, wenn  
19 Kreativität gefragt ist, lässt sich eine bewegliche Geisteshaltung nicht mehr so  
20 selbstverständlich internalisieren, dass man problemlos darauf zurückgreifen kann – mühsames  
21 aufwendiges Erlernen dieser Basis des lebenslangen Lernen des Arbeitsmarktes im  
22 21. Jahrhundert fordert zusätzliche Zeit (und verursacht zusätzliche Kosten). Die ästhetischen  
23 Fächer stärken die Entwicklung und Ausprägung der individuellen Schülerpersönlichkeit. Stabile  
24 ausgeglichene Persönlichkeiten verfallen nicht so leicht dem Drogenkonsum – Kunst, Musik,  
25 Sport und darstellendes Spiel helfen Kinder und Jugendlichen auch Spannungen und  
26 Stresssituationen besser verarbeiten zu können.

27

## 28 **8. Hochschule**

29

### 30 **Herausforderungen für die Hochschulen:**

- 31 • Der internationale Wettbewerb um die besten Studenten, Absolventen und  
32 Lehrpersonal nimmt ständig zu. In diesem Wettbewerb müssen sich die bayerischen  
33 Hochschulen bewähren. Weder deutsche noch bayerische Hochschulen spielen

1 international in der „ersten Liga“ der Universitäten mit. Für ein Land, dessen wichtigster  
2 Rohstoff Wissen ist, müssen verstärkte Anstrengungen gemacht werden, die  
3 bayerischen Hochschulen aufzurüsten.

- 4 • „Studentenhoch“: Zugleich wird die Verkürzung der Schulzeiten des Gymnasiums in  
5 einer Reihe deutscher Bundesländer, sowie der kommende Andrang geburtenstarker  
6 Jahrgänge („Enkel der Babyboomer“) an die Hochschulen in Deutschland die  
7 Studentenzahlen in der Bundesrepublik massiv ansteigen lassen. Bayern wird von dieser  
8 Entwicklung insbesondere in und ab dem Jahr 2011 betroffen sein, wenn gleichzeitig der  
9 letzte Abiturjahrgang des G9 und der erste Jahrgang des G8 zeitgleich an die  
10 Hochschulen drängen. Um dieses „Studentenhoch“ zu bewältigen, werden gewaltige  
11 finanzielle und organisatorische Anstrengungen von Nöten sein.
- 12 • Geringe Partizipationsrate: Der Anteil an einem Jahrgang, der einen Abschluss im  
13 oberen Bildungssegment („Tertiärbereich“) erreicht, ist im internationalen Vergleich zu  
14 gering. Zu diesem Segment zählen Universitäts- und Fachhochschulabschlüsse, aber  
15 auch Fachschulabschlüsse, Meister oder Techniker. Deutschland ist laut OECD beim  
16 Anteil junger Menschen, die ein Studium aufnehmen, weltweit von Platz 10 auf 22  
17 abgestiegen.
- 18 • Unterfinanzierung: Deutsche Hochschulen sind unterfinanziert, weil im Gegensatz zu  
19 den meisten vergleichbaren Ländern auf einen privaten Finanzierungsbeitrag fast  
20 vollständig verzichtet wird. Betrachtet man nur die öffentlichen Bildungsausgaben, so  
21 wäre Deutschland international wettbewerbsfähig.
- 22 • Studiendauer und Abbrecherquoten: In Deutschland dauert ein Hochschulstudium  
23 durchschnittlich zu lange und die Abbrecherquoten sind deutlich zu hoch. Dies ist  
24 sowohl aus volkswirtschaftlicher Sicht, wie auch aus der Perspektive des Einzelnen ein  
25 bedauernswerter Zustand.
- 26 • Wir bekennen uns zum Grundsatz einer Hochschule, die in der Mitte der Gesellschaft  
27 steht. Niemand, der fähig ist, darf von einem Hochschulstudium ausgeschlossen werden.  
28 Der Geldbeutel darf nicht bestimmen, ob jemand studiert oder nicht. Die Hochschule  
29 muss weiterhin eine primär staatliche Aufgabe bleiben.
- 30 • Die Entwicklung des Bayerischen Hochschulsystems zu mehr Wettbewerb und  
31 Profilbildung ist bereits in vollem Gange. Ein wichtiger Schritt ist das neue Bayerische  
32 Hochschulgesetz, das den Hochschulen mehr Freiheiten einräumt und wichtige  
33 Neuerungen, wie Studienbeiträge und den Hochschulrat, eingeführt hat. In den

1           kommenden Jahren wird es unweigerlich zum Nachsteuerungsbedarf und zur  
2           Evaluierung einzelner Teile des Hochschulgesetzes kommen. Die Junge Union betont,  
3           dass der Weg des Hochschulwettbewerbs konsequent weiter gegangen werden muss, in  
4           der Politik wie an den Hochschulen selbst.

## 6   **Reform der Hochschulorganisation**

- 7           • Neuordnung des Verhältnisses Hochschule-Ministerium: Wir unterstützen die  
8           weitergehende Eigenverantwortung der Hochschulen im Bereich der operativen  
9           Kompetenz. Für die langfristige Planung, Steuerung und Kontrolle der bayerischen  
10          Hochschullandschaft muss weiterhin das Wissenschaftsministerium die Kompetenz  
11          behalten, denn nur dort kann auf langfristige Trends reagiert werden. In Zukunft werden  
12          jedoch die Eingriffe in Verwaltung und Entscheidungen der Hochschulen von Seiten des  
13          Ministeriums abnehmen. Langfristig ist die Entwicklung eines neuen Verhältnisses  
14          zwischen Ministerium und Hochschule notwendig, wobei das Wissenschaftsministerium  
15          seine Beratungs-, Service und Koordinationsleistungen ausbauen, die Hochschulen  
16          hingegen weite Aufgabenbereiche (u.a. auch Fächerangebot) eigenverantwortlich regeln  
17          soll. Voraussetzung hierfür ist, dass die Hochschulen entsprechend ihr Management  
18          professioneller und transparenter gestalten. Zugleich muss sichergestellt werden, dass  
19          durch zusätzliche Aufgaben vor allem für die Dekane und die weiteren Mitglieder der  
20          Hochschulleitung das Niveau an Forschung und Lehre nicht abnimmt. Um dies zu  
21          verhindern, sollte vor allem für wegfallende Lehrkapazität Ersatz geschaffen werden.
- 22          • Rechtsform der Hochschule: Die Junge Union unterstützt, dass die bayerischen  
23          Hochschulen weiterhin in der Rechtsform der Körperschaft des öffentlichen Rechts und  
24          als staatliche Einrichtungen geführt werden. Zur Erschließung weiterer  
25          Finanzierungspotenziale sollten die Möglichkeiten des Vereins- und Stiftungsrechts  
26          sowie unternehmerische Organisationsformen, z.B. durch die Ausgliederung von  
27          Teilbereichen, genutzt werden. Es sollte geprüft werden, inwieweit Ausgründungen von  
28          Unternehmen weiter gefördert werden können, da hierdurch Arbeitsplätze sowie  
29          zusätzliche Lehr- und Forschungskapazitäten geschaffen werden können. Private  
30          Hochschulen werden auch in Zukunft eine vergleichsweise geringe, jedoch zunehmende  
31          Rolle im deutschen Hochschulsystem spielen, vor allem im Wettbewerb um die  
32          Jahrgangsbesten. Für die Junge Union Bayern gilt: wo private Angebote erfolgreich sind,  
33          müssen sie staatlichen Angeboten Ansporn zu Verbesserung und Reform sein.

- 1 • Zielvereinbarungen: Zielvereinbarungen werden in Zukunft das zentrale Instrument für  
2 die Zusammenarbeit zwischen Hochschule und Ministerium sein. Dabei ist zu beachten,  
3 dass alle Zielvereinbarungen klare Vergleichsstandards enthalten, nach denen evaluiert  
4 werden kann, ob die Ziele nach einigen Jahren erfüllt worden sind oder nicht. Im  
5 Zentrum der Vereinbarungen sollten immer Anreize zu einer permanenten Profilbildung  
6 sowie zu einer Qualitätskontrolle der bestehenden Strukturen stehen. Wie die  
7 Hochschule die festgelegten Ziele erreicht, sollte hingegen in ihrer Eigenverantwortung  
8 geschehen. In jedem Fall muss die Einhaltung der Zielvereinbarungen streng kontrolliert  
9 werden, selbst verschuldete deutliche Verletzungen müssen veröffentlicht werden und  
10 zu finanziellen Konsequenzen führen. Unter diesen Umständen können die  
11 Zielvereinbarungen auch ein wirksames Mittel sein, um die Hochschulen zu einer  
12 effizienteren Gestaltung von Studiengängen zu veranlassen und die Betreuung zu  
13 verstärken. Dadurch können die durchschnittlichen Studienzeiten verkürzt und die  
14 Abbrecherquoten gesenkt werden.
- 15 • Hochschulrat: Die Einholung von externem Sachverstand aus Wirtschaft und  
16 Gesellschaft in die Hochschulleitung in Form des Hochschulrates mit einzubeziehen ist  
17 für jede Hochschule von Vorteil. Wichtig zeigt sich jedoch in der Umsetzung, dass die  
18 Hochschulräte tatsächlich von Personen besetzt werden, die aktiv die Geschicke der  
19 Hochschule mitbestimmen wollen und können.
- 20 • Studiendekane: Damit sich die Nutzung von Geldern und Entscheidungen nah an den  
21 Bedürfnissen der Fakultäten, ihren Studenten und Personal orientiert, müssen die  
22 Studiendekane stärker in die Verantwortung bezogen und in ihren Kompetenzen  
23 gestärkt werden. Sie müssen zudem in die Lage versetzt werden, eine wirklich  
24 aussagekräftige Evaluierung der Lehre zu betreiben. Nur dann sind die Ergebnisse  
25 vergleichbar und können als Grundlage für die vorgeschlagenen Gehaltszuschläge für  
26 besonders gut evaluierte Dozenten herangezogen werden.
- 27 • Vernetzung von Hochschulen: Die interdisziplinäre und interregionale Zusammenarbeit  
28 von Hochschulen ist Teil des Profilbildungsprozesses, dem sich die bayerischen  
29 Hochschulen heute und zukünftig unterziehen müssen. Die Bildung gemeinsamer  
30 Einrichtungen und Studiengänge wird daher begrüßt. Die Erfahrung zeigt, dass  
31 hochschulübergreifende Studiengänge in der Regel kein Problem für die Studierenden  
32 darstellen, zumal die Mittel der Informations- und Kommunikationstechnologie  
33 räumliche Entfernung bedeutungslos werden lassen.

- 1 • Studierendenvertretung: Die Neuregelung der Studierendenvertretung findet die  
2 ausdrückliche Zustimmung der Jungen Union Bayern. Die Fachbereichsebene ist  
3 diejenige, auf der die tatsächliche Servicearbeit für die Studierenden geleistet und  
4 Einfluss auf die konkreten Studienbedingungen genommen werden kann. Zentrale  
5 Studierendenvertretungen neigen eher zur Beschäftigung mit hochschulfremden  
6 Themen und zur Verschwendung von Steuergeldern. Deshalb ist es richtig, dass die  
7 Studierendenvertretung auf der Fachbereichsebene gestärkt und im Gegenzug auf der  
8 zentralen Ebene geschwächt wird.

### 10 **Bessere Studienbetreuung**

- 11 • Studienlaufbahnberatung: Auch an bayerischen Hochschulen unterentwickelt ist  
12 vielerorts das Beratungsangebot für die Studenten. Sowohl angesichts des Wettbewerbs  
13 um gute Studenten, als auch zur Steigerung der Absolventenzahl ist es unerlässlich, dass  
14 die Studienlaufbahn- und Berufsberatung an den Hochschulen ausgebaut wird. Auch in  
15 diesem Zusammenhang zu erwähnen sind Tutorien- und Erstsemesterprogramme, die  
16 von Studenten in fortgeschrittenen Semestern organisiert werden. Diese sollten von der  
17 Hochschule, auch mit Blick auf ihr gesellschaftliches Engagement, berücksichtigt werden.
- 18 • Durchlässigkeit Die Junge Union Bayern unterstützt auch die Vorhaben zur Erhöhung der  
19 Durchlässigkeit zwischen Schule und Hochschule bzw. zwischen den Hochschulen.  
20 Hochbegabte Schüler sollen die Möglichkeit erhalten, „nebenbei“ an der Hochschule zu  
21 studieren, wodurch ihre Fähigkeiten gefördert und gefordert werden können. Die  
22 Absolventen von Fachhochschulen sollen die Möglichkeit bekommen, in verwandte  
23 Masterstudiengänge an Universitäten zu wechseln.
- 24 • Aufgrund des starken Bedarfs an Spitzenkräften für die bayerische Wirtschaft muss auch  
25 der Zugang von FH-Absolventen zur Promotion erleichtert werden.

### 27 **Personal und Lehre**

- 28 • Eine exzellente Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses ist unerlässlich, um  
29 begabte Absolventen von einer Abwanderung ins Ausland abzuhalten bzw. aus dem  
30 Ausland anzulocken. Hierzu werden in Zukunft auch zusätzliche staatliche Mittel von  
31 Nöten sein, weil sich aus dem mittelfristigen Anstieg der Studentenzahlen ein  
32 gewaltiger Lehrbedarf ergibt. Doktorandenkollegs, wie im Rahmen des Elitenetzwerks  
33 Bayern, müssen ausgebaut werden. Dabei muss auch bedacht werden, dass die

1           Nachwuchswissenschaftler intensiv mit dem aktuellen Stand der internationalen  
2           Forschung vertraut gemacht werden und die Möglichkeit bekommen, relativ schnell  
3           promovieren zu können.

- 4           • Das Lehrverhältnis zwischen Studenten und Dozenten ist nicht zufrieden stellend.  
5           Übervolle Hörsäle sind in vielen Studienfächern die Regel, Sprechstunden überfüllt. Die  
6           bayerischen Hochschulen brauchen daher mehr Lehrstellen, vor allem in Studienfächern,  
7           die von vielen besucht werden.
- 8           • Die JU Bayern fordert die Abschaffung des Beamtenstatus für Hochschulmitarbeiter,  
9           auch Professoren und die allgemeine Einführung des Angestelltenverhältnisses,  
10          allerdings mit dem Freistaat Bayern weiterhin als Dienstherr. Alle neuen Mitarbeiter –  
11          Rektor, Professor, Sekretärin und Techniker gleichermaßen – sollen Angestellte der  
12          Universität sein. Die Abschaffung des Beamtenstatus für Professoren fördert in hohem  
13          Maße den Austausch zwischen Wirtschaft und Hochschule, die Möglichkeit der  
14          Hochschule zur flexibleren Personalgestaltung, zur Profilbildung, zur Qualitätssicherung  
15          und zur Qualitätssteigerung. Die Universität schließt mit den Wissenschaftlern  
16          Zielvereinbarungen, die die Übernahme von Aufgaben, die sich aus der  
17          Leistungsvereinbarung für den Einzelnen ergeben, und die eigenen Arbeitsvorhaben des  
18          Wissenschaftlers enthalten. Insbesondere bei den Professoren ist die Höhe einer  
19          leistungsabhängigen Zulage individuell verhandelbar. [bisherige JU- und RCDS-Position].

20

### 21   **Hochschulzulassung**

- 22          • Die Veränderungen hin zu mehr Profilbildung und Wettbewerb tragen nur Früchte, wenn  
23          die Hochschulen die Möglichkeit wahrnehmen, ihre Studenten selbst auszuwählen. Die  
24          Junge Union Bayern spricht sich für die Abschaffung der ZVS und die weitgehende  
25          Einführung von Eignungsfeststellungsverfahren für möglichst viele Fächer an den  
26          Hochschulen aus. Solche Verfahren verbessern erheblich die Profilbildung, den  
27          Wettbewerb und die Studienabbrecherzahlen, Qualitätssicherung, Identifikation /  
28          Bindung, Studienzeitverringerung. Die Universitäten müssen ein sinnvolles und für den  
29          jeweiligen Studiengang passendes Verfahren unter ausreichender Beachtung der Note  
30          der Hochschulzugangsberechtigung entwickeln. Dies setzt aber voraus, dass die  
31          Hochschulen die bereits jetzt bestehenden Möglichkeiten für Auswahlverfahren  
32          intensiver nutzen. Die Wartezeit ist der schlechteste Indikator für den Studienerfolg und  
33          führt nur zum Abbau der Lernfähigkeit und zu Zeitverschwendung.

- 1 • Das qualitativ hochwertige bayerische Abitur bleibt dabei die notwendige  
2 Voraussetzung für den Hochschulzugang, ein Bewerber kann sich aber auch durch  
3 herausragende Eigenschaften, unabhängig von der konkreten Abiturnote, qualifizieren.  
4

#### 5 **Evaluation**

6 Für den Erfolg des Hochschulwettbewerbs ist es wichtig, dass Studenten in die Lage versetzt  
7 werden Lehrbedingungen und Lehrqualität zwischen den Hochschulen in Bayern zu  
8 vergleichen. Zwingend notwendig ist hierbei die umfassende und transparente Evaluation der  
9 Lehre. Evaluation in diesem Sinne umfasst sowohl Lehrveranstaltungsbewertung durch  
10 Studenten, die Beurteilung ganzer Studiengänge, ganzer Fachbereiche und der Forschung,  
11 durch Lehrende, Lernende und Absolventen, als auch die externe Evaluation durch Gutachter.  
12 Evaluationen müssen entlang vereinbarten Zielvereinbarungen stattfinden.  
13 Evaluationsergebnisse müssen veröffentlicht werden und dauerhaft positive, sowie schlechte  
14 Bewertungen in der Lehre müssen Konsequenzen nach sich ziehen, beispielsweise in Form der  
15 Verteilung von Prämien.  
16

#### 17 **Elite**

18 Programme zur Förderung von Eliten sind wichtig und notwendig. Das Elitenetzwerk-Bayern  
19 und die bayerische Elite-Akademie leisten bereits gute Arbeit. Besondere Begabungen müssen  
20 auch weiterhin gefördert werden und in zunehmendem Maße stärker Anreize geboten werden  
21 in Bayern zu bleiben. Die Begabtenförderungsprogramme des Freistaates dürfen nicht  
22 zurückgefahren, sondern ausgebaut werden.  
23

#### 24 **Hochschulfinanzierung, Studienbeiträge**

- 25 • Keine Hochschulpolitik nach Kassenlage: Die Bayerische Staatsregierung verfolgt einen  
26 prinzipiell richtigen und auch im Sinne der jungen Generation wünschenswerten Kurs  
27 der Haushaltssanierung. Sparen um seiner selbst Willen darf jedoch nicht zur Maxime  
28 staatlicher Politik werden. Die bayerischen Hochschulen müssen im Haushalt Priorität  
29 genießen. Die JU Bayern möchte ausdrücklich darauf hinweisen, dass es staatliche  
30 Aufgabe ist und bleiben muss, allen jungen Leuten eine Ausbildung zu ermöglichen, die  
31 ihren Neigungen und Fähigkeiten entspricht. Der Staat darf sich nicht aus der  
32 Finanzierung der Hochschulbildung zurückziehen und muss den Status Quo in der  
33 Qualität der Lehre und Betreuung weiterhin garantieren. In Zeiten knapper Kassen muss

1           aber die Verwendung öffentlicher Mittel stets auf Effizienz geprüft werden. Dazu gehört  
2           insbesondere eine umfassende Entbürokratisierung der Hochschulen. Dadurch lassen  
3           sich nicht nur Kosten sparen, eine schlanke, „kundenorientierte“ Verwaltung ist auch ein  
4           Qualitätsmerkmal.

- 5           • **Drittmittel:** Die leistungs- und belastungsbezogene Mittelverteilung hat sich nach  
6           Ansicht der Jungen Union Bayern bewährt und sollte in Zukunft einen größeren Anteil an  
7           der gesamten Hochschulfinanzierung bestimmen. Bei der Einwerbung von Drittmitteln  
8           müssen die Hochschulen von allen bürokratischen und juristischen Hindernissen befreit  
9           werden, denn nur so kann sich das kreative Potenzial in den Hochschulen frei entfalten.  
10          Es muss allerdings über die Zielvereinbarungen und die Evaluierung verhindert werden,  
11          dass Teile von Hochschulen in die wirtschaftliche Abhängigkeit bestimmter Geldgeber  
12          gelangen und so die Freiheit von Forschung und Lehre in Frage gestellt wird. Das  
13          Werbeverbot an den Hochschulen sollte derart gelockert werden, dass z.B.  
14          Bücherspenden mit eindeutiger Kenntlichmachung des privaten Spenders möglich  
15          werden.
- 16          • **Stiftungen, Erben:** Die rechtlichen Rahmenbedingungen für die Gründung von  
17          Stiftungen, deren Geld Hochschulen zugute kommt, und die Vererbung großer  
18          Vermögen an Hochschulen, müssen so verbessert werden, dass es für Stifter und  
19          Vererbende zunehmend attraktiv wird, ihr Geld an Hochschulen weiterzugeben.  
20          Außerdem muss es für Unternehmen steuerlich attraktiver gestaltet werden, Stiftungen  
21          zu Gründen oder aber auch mit „frischem Kapital“ auszustatten.
- 22          • **Hochschulen** muss es möglich sein durch ein professionelles Hochschulmarketing ihre  
23          Attraktivität für private Geldgeber zu steigern, so dass die Einnahmen aus Drittmitteln  
24          für Forschungsprojekte, Spenden, Sponsoring, Stiftungen, Liegenschaftsmanagement  
25          und Patentverwertung zu einem echten Standbein neben der staatlichen Finanzierung  
26          werden.
- 27          • **Studienbeiträge:** Die Junge Union Bayern begrüßt die Einführung von Studienbeiträgen  
28          für das Erststudium als zusätzliches Instrument der Hochschulfinanzierung. Ein  
29          angemessener und ausgewogener Eigenbeitrag zur Finanzierung des Studiums stärkt  
30          das Bewusstsein um den Wert der Ausbildung, setzt notwendige Anreize für Leistung  
31          und effizientes Studieren und verbessert den Anspruch auf eine leistungsfähige Lehre.  
32          Außerdem wäre eine reine Steuerfinanzierung des Studiums in Form der Umverteilung  
33          von Geldern von Nichtakademikern auf Akademiker unsozial und ungerecht. Allerdings

1 dürfen auch in Zukunft die Gelder aus Beiträgen einzig zur Verbesserung der Lehre und  
2 Betreuung für bereits bestehende Studienplätze und direkt für jedes besuchte Semester  
3 aufgewandt werden. Über ihre Verwendung ist jährlich transparent und öffentlich  
4 zugänglich von der Hochschule Rechenschaft abzulegen. Darüber hinaus muss  
5 garantiert sein, dass wie im Gesetz vorgesehen, die Studenten bei der Verteilung der  
6 Gelder paritätisch beteiligt sind.

- 7 • 500 EUR als Höchstsatz sind sozialverträglich. Erhöht werden dürfen Studienbeiträge  
8 mittelfristig jedoch nicht. Die Verwaltungsgebühren sind abzuschaffen.
- 9 • Langzeitbeiträge: Es gibt eine Reihe nachvollziehbarer Gründe, ein Studium nicht in der  
10 Regelstudienzeit zu vollenden. Solange die Regelstudienzeit um nicht mehr als drei  
11 Semester überzogen wird, sollten daher keine zusätzlichen Strafgebühren verlangt  
12 werden. Wer sich jedoch nur deshalb an einer Hochschule immatrikuliert, um die  
13 verbundenen finanziellen Vorteile in Anspruch zu nehmen, verursacht Kosten, ohne der  
14 Gesellschaft eine Gegenleistung zu erbringen. Ab dem vierten Semester über der  
15 Regelstudienzeit sollten daher zusätzliche Gebühren verlangt werden.

#### 16 17 18 **Studienfinanzierung, BAföG, Darlehen, Kreditsysteme**

- 19 • Grundsatz: Voraussetzungen für den Zugang zu einem Hochschulstudium dürfen  
20 ausschließlich Leistungsbereitschaft und Leistungsfähigkeit sein, eine soziale Auslese  
21 muss in jedem Fall verhindert werden. Anspruch muss es sein, jedem Qualifizierten ein  
22 Studium zu ermöglichen, das unabhängig vom Eigenerwerb ist. Nach einer  
23 Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerkes (DSW) kommen mit 11 % die  
24 wenigsten Studenten aus den niederen Einkommensschichten. Dieser Trend hat nicht  
25 nur ökonomische, sondern vielmehr auch soziale Auswirkungen auf das  
26 gesamtgesellschaftliche Klima. Das Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG) hat  
27 diese Situation nicht grundlegend verbessert. Im Bereich der Studienfinanzierung ist  
28 daher eine Reform unausweichlich.
- 29 • Studienbeitrags-Darlehen: Die Junge Union Bayern begrüßt die Einführung eines  
30 staatlichen Darlehens für Studienbeiträge, das jeder unabhängig seiner Bonität in  
31 Anspruch nehmen kann und erst zurückzahlen muss, wenn er ein geregelter  
32 Einkommen besitzt. Es ist wünschenswert, dass der Anteil an Beiträgen, die für den  
33 Sicherungsfonds dieses Kredites abgetragen wird, auf ein Minimum beschränkt bleibt.

- 1           Mittelfristig ist eine Beteiligung der Wirtschaft, beispielsweise in einem Fondssystem  
2           wünschenswert, da diese auch von gut ausgebildeten Akademikern profitiert. Dennoch  
3           bleibt dieses Darlehen vor allem zur Zahlung von Studienbeiträgen vorhanden und kann  
4           nicht für Lebenshaltungskosten oder ähnliches als Quelle angesehen werden.
- 5           • Private Stiftungen: Auch müssen die privaten Gelder einen deutlich höheren Stellenwert  
6           einnehmen. Gerade der Blick in die USA zeigt, wie dort erfolgreich private Gelder  
7           akquiriert werden. Auch in Deutschland müssen Unternehmen stärker an der Bildung  
8           der kommenden Elite beteiligt werden. Die Gründung von privaten Stiftungen mit dem  
9           Ziel der Studentenförderung muss deutlich erleichtert werden muss.
  - 10          • Umbau der Studienfinanzierung des Bundes: Das BAföG in seiner heutigen Form erfüllt  
11          nicht die Aufgaben, die es soll und muss daher weiterentwickelt werden. Statt BAföG  
12          soll jedem Kind ab der Geburt ein verzinstes Bildungskonto von 15.000 Euro zur  
13          Verfügung gestellt werden. Um Missbrauch zu vermeiden, wird ein monatlicher  
14          Höchstsatz von 416 Euro festgelegt, das ab der Studienzeit, aber auch in höherem Alter  
15          für Weiterbildungsmaßnahmen verwendet werden kann. Zusätzlich zur Grundförderung  
16          soll es eine Leistungsförderung des Bundes für besonders gute Studenten geben.  
17          Finanziert wird die Förderung aus dem bestehenden Topf des BAföGs, dem Wegfall von  
18          Kindergeld und Ausbildungsfreibetrag ab dem 18. Lebensjahr und dem  
19          Subventionsabbau. Großes Einsparpotenzial ist auch in der Abschaffung der BAföG-  
20          Ämter zu sehen. Zur Verwaltung der Bildungskonten ist nur noch ein deutlich geringerer  
21          Personalbedarf notwendig.
  - 22          • Bildungssparen: Als zweite große Säule unterstützt die Junge Union die Einführung  
23          eines Bildungssparmodells, ähnlich wie beim Bausparen wobei Eltern bis zum 18.  
24          Lebensjahr ein Konto für ihr Kind anlegen können. Das angesparte Geld kann dann  
25          vollständig für die Finanzierung von Bildungsangeboten, Lebenshaltungskosten  
26          während des Studiums, bzw. der Ausbildung und zur Weiterbildung in späteren Jahren  
27          verwendet werden. Die Ausschüttung beginnt mit der Aufnahme einer  
28          Bildungsmaßnahme. Die Förderung des Staates soll, 25 % Prozent der Ansparsumme mit  
29          einer Deckelung von 50 Euro pro Kind und Monat betragen.
  - 30          • Kreditmarkt: Die staatlichen Kredite der KfW und der Landesbanken müssen ausgebaut  
31          werden und auch für Studenten im Grundstudium zugänglich sein. Für manche  
32          Studenten wird es notwendig sein, Studienkredite zur Finanzierung der  
33          Lebenshaltungskosten aufzunehmen. Die Junge Union begrüßt es ausdrücklich, dass es

1 auch private Kreditgeber für Studienkredite gibt. Trotzdem müssen Studenten vor  
2 unfairen oder teuren Angeboten der Privatwirtschaft geschützt werden. Deswegen  
3 fordert die Junge Union einen jährlichen Test der privaten  
4 Studienfinanzierungsangebote und einen Vergleich mit den staatlichen Krediten.  
5

### 6 **Bologna-Prozess, Bachelor und Master**

7 Im Rahmen des „Bologna-Prozesses“ hat sich Bayern dazu verpflichtet, zur Realisierung des  
8 „Europäischen Hochschulraums“ bis zum Jahr 2010 alle bestehenden Studiengänge auf  
9 Bachelor- und Masterabschlüsse umzustellen. Die Junge Union begrüßt das Ziel einer  
10 verbesserten Vergleichbarkeit europäischer Abschlüsse. Die Umstellung auf Bachelor und  
11 Master muss jedoch auch im Sinne des Bologna-Prozesses und der entsprechenden Reform der  
12 Studienordnungen erfolgen, und nicht nur dem Namen nach eine reine Umbenennung der  
13 Abschlüsse darstellen. Deutsche Hochschulen sollen beim Umbau sich keine unnötigen  
14 Nachteile gegenüber anderen europäischen Ländern selbst verursachen. Bei der  
15 Neuausrichtung von Studium und Lehre geht dabei Gründlichkeit vor Schnelligkeit.

16 Der Bachelor muss sowohl ein Berufsqualifizierender Hochschulabschluss sein als auch  
17 eine akademische Grundlagenausbildung ermöglichen. Sein primäres Ziel ist es,  
18 wissenschaftliches Denken zu vermitteln. Der Bachelor darf nicht aufgrund der Studieninhalte  
19 zu einer besseren Ausbildung verkommen und muss als akademischer Titel geschützt sein. Der  
20 auf ihm aufbauende Master muss zur vollen Fähigkeit umfänglicher wissenschaftlicher Projekte  
21 wie der Promotion befähigen. Der Zugang zu Master-Studiengängen soll sich nach der  
22 vorangehenden akademischen Leistung richten dürfen, allerdings nicht aufgrund von  
23 Quotenregelungen (z.B. nur zehn Prozent eines Jahrgangs).  
24  
25  
26

### 27 **Studieren mit Kind/Familie**

- 28 • Hochschulpolitik muss Chancengerechtigkeit wahren. Die Gesellschaft steht in der  
29 Pflicht jedem entsprechend seiner Leistung die Möglichkeit zur akademischen  
30 Ausbildung zu ermöglichen. Das Studium darf nicht vom eigenen Geldbeutel oder dem  
31 der Eltern abhängen. Die Leistung des Einzelnen ist dadurch jedoch nicht ersetzbar, die  
32 Solidarität der Gesellschaft verpflichtet auch den Studenten.

- 1 • Der Anteil von Frauen unter den Lehrstuhlinhabern ist zu gering und beweist, dass ein  
2 großes Potenzial an begabten Wissenschaftlerinnen nicht zur Entfaltung kommt.  
3 Frauenförderung darf aber nicht zum Selbstzweck werden, denn das letztentscheidende  
4 Kriterium bei Berufungen muss immer die Qualifikation sein.
- 5 • Studierende mit Kind: Studierende mit Kind stehen vor größeren Herausforderungen  
6 was die Organisation eines effizienten Studiums angeht, ebenso wie junge Akademiker  
7 mit Familie. Bayern kann es sich nicht leisten, Akademikerinnen vor die Frage Kind oder  
8 Karriere, Kind oder Studium zu stellen. Die Junge Union fordert für Hochschulstandorte  
9 einen „Familien-TÜV“, um aufzuzeigen, welche Situation familiebezogen vorherrscht.
- 10 • Betreuungsangebote erhalten und ausbauen: Die Hochschulen sind dazu aufgerufen,  
11 ergänzend zu kommunalen und privaten Angeboten, interne Kinderbetreuungslösungen  
12 für Studierende und Beschäftigte zu entwickeln. Der Freistaat muss entsprechende  
13 Einrichtungen ausreichend finanziell fördern.
- 14 • Verbesserter Service für Familien und Studierende mit Kind: Das Hochschulstudium  
15 bleibt mit einer Reihe vieler sozialer Herausforderungen für die Gesellschaft und den  
16 Einzelnen verbunden. Gerade Studierende mit Kind stehen auch vor großen finanziellen  
17 und organisatorischen Herausforderungen. Das Service-Angebot an Hochschulen muss  
18 daher ausgebaut werden.

19  
20

## 21 9. Berufliche Bildung

22

### 23 Selbstverwaltung der Berufsschulen

24 Die Ergebnisse der Modellversuche MODUS21 und PROFIL21 an den beruflichen Schulen  
25 müssen zeitnah flächendeckend umgesetzt werden. Insbesondere ist auf eine höhere  
26 Selbstständigkeit der beruflichen Schulen, analog der OES (Operativ Eigenständige Schulen) in  
27 Baden-Württemberg hinzuwirken. Die Ansätze einer Selbstverwaltung zeigen bereits positive  
28 Auswirkungen. Die beruflichen Schulen sollen zunehmend ein eigenes Profil entfalten und sich  
29 zu Kompetenzzentren entwickeln.

30 Der eingeschlagene Weg der Selbstverwaltung bedingt allerdings auch eine externe  
31 Unterstützung. Die Junge Union unterstützt die Bemühungen um QMBS (Qualitätsmanagement  
32 an Beruflichen Schulen) und fordert eine weitere Professionalisierung der Evaluation durch  
33 unabhängige Evaluatoren mit gleichzeitiger Offenlegung sämtlicher Kriterien.

1

2

### 3 **Hilfen für Jugendliche ohne Ausbildungsplatz (JoA)**

4 Die Bemühungen zur Erreichung einer Ausbildungsfähigkeit im Rahmen von JoA-Maßnahmen  
5 (z.B. also die Betreuung von Schulabgängern ohne Ausbildungsvertrag durch Schulen mit dem  
6 Ziel, die Schüler in einen Ausbildungsberuf zu bringen) durch müssen intensiviert werden. Dazu  
7 gehört nicht nur ein Angebot an geeigneten Klassen, sondern auch ein zielgruppenorientierter  
8 Ansatz an den beruflichen Schulen. Bei den JoA-Schülern stellt man fest, dass es sich  
9 hauptsächlich um Hauptschüler handelt, welche oft keinen oder einen unterdurchschnittlichen  
10 qualifizierten Hauptschulabschluss besitzen. Der Anteil an Schülern mit Migrationshintergrund  
11 ist dort höher als in den Fachklassen. Daher lassen sich einige Grundanforderungen an JoA-  
12 Klassen stellen, die bisher nur vereinzelt angewendet werden. Hierunter fallen die  
13 Aufrechterhaltung des Klasselehrerprinzips, die Teilnahme als externer Prüfling an der Quali-  
14 Prüfung, eine Schwerpunktsetzung auf Kernkompetenzen und praktisches Arbeiten sowie die  
15 Durchführung von sozialen Projektarbeiten (z.B. Möblierung des Schülercafes). Für die Schüler,  
16 welche bereits eine ausbildungsfähige Qualifikation vorweisen können, ließen sich folgende  
17 Maßnahmen ohne große Zusatzkosten realisieren:

18

- 19 • Jugendliche dürfen, auf Antrag, die Fachklasse ihres Traumberufs besuchen und werden  
20 in der Statistik als vollwertige Schüler geführt. Damit schließt man aus, dass diese  
21 Jugendlichen als zusätzlicher Ballast gesehen werden.
- 22 • Jugendliche ohne klare Berufsvorstellung könnten weiterhin in den etablierten und gut  
23 laufenden BVB-Maßnahmen untergebracht werden.

24

### 25 **Sonderprogramm Einstiegsqualifizierung Jugendlicher (EQJ)**

26 Das Sonderprogramm Einstiegsqualifizierung Jugendlicher ist eine notwendige Maßnahme und  
27 sollte zu einer dauerhaften Einrichtung und dementsprechend gefördert werden. Wie dem  
28 Berufsbildungsbericht 2007 der Bundesregierung zu entnehmen ist, hat sich das Programm vor  
29 allem im dritten Paktjahr erfolgreich bewährt und somit fast 70 Prozent der Jugendlichen zu  
30 einem festen Ausbildungsverhältnis verholfen. Überdurchschnittlich profitierten hiervon  
31 Jugendliche mit Migrationshintergrund. Jedoch sollte darauf geachtet werden, dass gute  
32 Absolventen der Hauptschule dadurch kein Defizit an Ausbildungsstellen vorfinden. Deswegen  
33 ist eine regelmäßige Prüfung der Notwendigkeit dieser Maßnahme notwendig.

## 1 **Wandlungsprozesse berücksichtigen**

2 Die beruflichen Schulen müssen sich so bald wie möglich mit dem Kopenhagen-Prozess  
3 auseinandersetzen. Unbedingt notwendig ist die aktive Einbindung der beruflichen Schulen und  
4 der IHK/HWK bei der Festsetzung der neuen Regelungen. Analog dem Bologna-Prozess der  
5 Hochschule unterliegt auch die berufliche Bildung einem Wandlungsprozess. Im Rahmen dieses  
6 „Kopenhagen-Prozesses“ sollen die Ausbildungsabschlüsse europaweit vereinheitlicht werden.  
7 Aus diesem Grund wurde ein System ähnlich dem ECTS (European Credit Transfer System)  
8 beschlossen. Bis 2010 sollen alle europäischen Länder ihre jeweiligen Berufsabschlüsse an  
9 dieses Punktesystem angepasst haben. Dies bedeutet jedoch für unser deutsches System der  
10 dualen Ausbildung, dass die Leistungen eines Auszubildenden im Betrieb und in der  
11 Berufsschule gleichwertig in die Bepunktung eingehen müssen. Das bisherige System einer  
12 reinen IHK- oder HWK-Abschlussprüfung gewährleistet dies momentan nicht. Die Junge Union  
13 fordert, dass sich alle Beteiligten intensiv um eine, für unser duales System förderliche  
14 Umsetzung der Kopenhagen-Beschlüsse bemühen.

15

## 16 **Keine Neuschaffung von Berufsbildern**

17 Die Neuordnung und vor allem die Neuschaffung vieler Berufsbilder waren kontraproduktiv und  
18 müssen zurückgenommen werden. Des Weiteren ist es sinnvoll, einzelne spezielle  
19 Ausbildungszweige zusammenzulegen (z.B. Bäcker/Konditor). Unternehmensspezifische  
20 Kenntnisse könnten durch Zusatzmodule nach/während der Ausbildung vermittelt werden. Zum  
21 1. August 2007 gab es insgesamt 344 anerkannte Ausbildungsberufe in Deutschland (Quelle:  
22 BiBB). Die immer höhere Spezialisierung deckt einerseits genau den Bedarf des  
23 Ausbildungsbetriebes, verringert andererseits jedoch die Möglichkeiten den  
24 Unternehmenswechsel für den Auszubildenden. Des Weiteren werden Klassenbildungen in  
25 neuen Berufen außerhalb der Ballungsräume nahezu unmöglich.

26

## 27 **Bereits erworbene Qualifikationen**

28 Die berufliche Bildung betrifft auch den Bereich der Weiterbildung. In diesem Zusammenhang  
29 sollen die Beschlüsse von Bologna, im Speziellen die Anerkennung von bereits erworbenen  
30 Qualifikationen, auch für Absolventen einer beruflichen Weiterbildung gelten. In Deutschland  
31 herrscht ein Fachkräftemangel an Ingenieuren. Inzwischen denkt man sogar daran, den hohen  
32 Bedarf durch Zuzug hochqualifizierter Ingenieure aus dem Ausland abzudecken. Ganz außer

1 Acht lässt man in diesem Zusammenhang die „Staatlich geprüften Techniker“ und vor allem die  
2 „Staatlich geprüften Technischen Betriebswirte“. Die Ausbildungsordnung und der  
3 Ausbildungsumfang eines Technischen Betriebswirts umfasst vom Inhalt und vom  
4 Stundenumfang mehr als das Grundstudium der Ingenieurwissenschaften (Diplom) bzw.  
5 Bachelor der gleichen Fachrichtung. Im Rahmen des Bolognaprozesses sollte es möglich sein,  
6 Technischen Betriebswirten einen Zugang zum entsprechenden Masterstudiengang bei voller  
7 ECTS-Anrechnung der beruflichen Weiterbildung zu ermöglichen und auf die Ableistung von  
8 Propädeutikfächern zu verzichten.

9

### 10 **Zulassung zur Kammerprüfung auch für Berufsfachschulabsolventen**

11 Schüler einer 2-jährigen Berufsfachschule sollen eine Zulassung zur Kammerprüfung und damit  
12 zur Führung der IHK-Berufsbezeichnung erhalten. Die Berufsfachschulen vermitteln in 2 Jahren  
13 die Lerninhalte, die im dualen System auf 3 Jahre vermittelt werden. Da jedoch die  
14 Berufsabschlüsse der Berufsfachschulen, z.B. „Kaufmännischer Assistent der Fachrichtung  
15 Informationsverarbeitung“ in der Wirtschaft weitgehend unbekannt sind, wird durch die Nicht-  
16 Gewährung der gängigeren IHK-Berufsbezeichnung die anschließende Suche nach einem  
17 Arbeitsplatz enorm erschwert. Hier würde durch eine zusätzlich zu absolvierende  
18 Pflichtpraktikumszeit von 3-6 Monaten eine Gleichwertigkeit in jedem Falle erreicht.

19

### 20 **Reform von FOS und BOS**

21 Die begonnene Reform von FOS und BOS muss konsequent zu Ende gebracht werden. Dies  
22 bedeutet vor allem eine Aufhebung des angeordneten Unterrichtsausfalls an FOS und BOS.  
23 Auch in Zeiten eines strikten Sparkurses ist es nicht vertretbar, dass man zum einen eine  
24 höhere Bildung einfordert, die Schüler motiviert auf FOS oder BOS zu gehen, gleichzeitig aber  
25 den Schülerinnen und Schülern dort teilweise ungenügende Lernumgebungen bietet. Vor allem  
26 im ländlichen Raum leisten FOS und BOS einen wichtigen Beitrag, um einen Hochschulzugang  
27 zu ermöglichen. Dies muss jedoch, bei allem Respekt vor Haushaltsdisziplin, unter akzeptablen  
28 Bedingungen möglich sein.

29

### 30 **Kooperation von Bildungseinrichtungen und Wirtschaft**

31 Von großer Bedeutung ist die Kooperation von Bildungseinrichtungen und  
32 Wirtschaftsunternehmen. Das duale System ist ein Erfolgsrezept und muss weiterhin  
33 ausgebaut werden. Hierunter fallen sowohl duale Studiengänge wie auch DBFH –Maßnahmen.  
34 Zudem ist die Schaffung von weiteren Berufsakademien in Bayern wünschenswert. Die

1 betriebliche Ausbildungsbeteiligung ist nirgends höher als in Deutschland. Dem Bericht des  
2 Bundesinstituts für Berufsbildung zufolge ist der Zuwachs bei den neu abgeschlossenen  
3 Ausbildungsverträgen alleine betrieblichen Ursprungs. Die Schaffung von weiteren  
4 Berufsakademien in Bayern sollte mittelfristig angepackt werden. Die momentane Situation  
5 lehrt uns, dass bayerische Unternehmen mit Berufsakademien in Baden-Württemberg  
6 kooperieren.

7

### 8 **Verkürzung von Ausbildungszeit**

9 Es sollte weiterhin verstärkt propagiert werden, dass die Möglichkeit besteht, guten  
10 Auszubildenden eine Verkürzung der Ausbildungszeit zu gewähren. Begabung und  
11 Lernfähigkeit ist jungen Menschen auf unterschiedliche Art und Weise gegeben. Es spricht  
12 nichts dagegen besonders lernfähige, schnell zu qualifizierenden Auszubildenden einen  
13 schnelleren beruflichen Werdegang zu ermöglichen. Dies bringt für den jungen Menschen nur  
14 Vorteile und eine zusätzliche Motivation, der Wirtschaft steht somit früher eine kompetente  
15 Fachkraft zur Verfügung.

16

17

## 18 **10. Lehrerbildung**

19

### 20 **Einführung eines Grundstudiums für alle Lehrämter**

21 Das Grundstudium soll mittels einer Serie verpflichtender Lehrveranstaltungen innerhalb der  
22 ersten drei oder vier Semester einen Überblick über die Erziehungswissenschaften, die  
23 Fachdidaktiken und die Fachwissenschaften geben und erste Kompetenzen in diesen Bereichen  
24 vermitteln. Der Student soll jedoch die Möglichkeit haben, nach Erwerb der Grundkenntnisse in  
25 eigenem Ermessen zusätzlich an Lehrveranstaltungen aus dem neu zu gestaltenden  
26 Hauptstudium teilzunehmen.

27 Am Ende des Grundstudiums soll eine der Zwischenprüfung ähnliche Leistungserhebung  
28 stehen, deren Note in die Endnote eingeht. Bis zu diesem Zeitpunkt soll auch eine erste  
29 Benotung vorliegen, die aus der Unterrichtspraxis hervorgegangen ist. Somit ist eine frühzeitige  
30 Überprüfung der Studien- und Berufswahl möglich.

31

32

### 33 **Neuschaffung von Lehramtsfakultäten [alternativ: Pädagogischen Hochschulen]**

1 Die Lehramtsstudenten sind oftmals die „Stiefkinder“ der Fakultäten. In den Augen vieler  
2 Professoren liegt ihr Vorzug darin, durch ihre große Zahl den Bestand und die finanzielle  
3 Ausstattung der Fakultäten und der ihnen angehörenden Lehrstühle zu sichern. Der oft große  
4 Anteil von Lehramtsstudenten an den einer Fakultät angehörenden Studierenden schlägt sich  
5 hingegen in der Ausrichtung der angebotenen Lehrveranstaltungen nicht in ausreichendem  
6 Maße nieder.

7

8

### 9 **Modularisierung der Studienangebote und Einführung eines Credit-point-Systems**

10 Während des Studiums erbrachte Leistungen sollen honoriert werden! Es darf nicht gemäß  
11 dem Prinzip „Vier gewinnt“ (schriftliche Staatsexamina) gleichgültig sein, mit welcher Note  
12 bestimmte Studieninhalte absolviert worden sind. Wir sprechen uns für die Beibehaltung der  
13 Endprüfung als Staatsexamen aus, jedoch in gewandelter Form: Auf der Grundlage eines Credit-  
14 point-Systems soll der Berg von Prüfungen am Ende des Studiums abgetragen werden und  
15 während des Studiums erbrachte Leistungen sollen in die Endnote einfließen. Damit würde  
16 man pädagogisches Wissen auch für die Lehrerausbildung anwenden: Weg vom „Bulimie-  
17 Lernen“, eine Abkehr vom Prüfungswissen also, welches nach nur wenigen Wochen lediglich  
18 rudimentär beim Prüfling vorhanden ist, da sein Zustandekommen den modernen Lehr-Lern-  
19 Theorien zuwiderläuft. Es ist nicht einzusehen, warum die Hochschulen die Inhalte, die sie in  
20 Psychologie, Pädagogik und Didaktik vermitteln, selbst überhaupt nicht anwenden. Zum Ende  
21 des Studiums durchläuft der Student eine Abschlussprüfung in Form des Staatsexamens. Diese  
22 fließt in die Gesamtnote mittels eines bestimmten Punkteschlüssels ein.

23

### 24 **Persönlichkeitsbildenden Studieninhalten und Monitoring-Mechanismen**

25 Die Lehrer sind ein Berufsstand, der – wie zahlreiche Studien belegen – entgegen dem völlig  
26 verfehlten öffentlichen Bild hohen Belastungen ausgesetzt ist. In das Studium müssen auch  
27 Inhalte aufgenommen werden, die der Persönlichkeitsbildung des zukünftigen Lehrers dienen  
28 (Rhetorik, Stressbewältigung, Menschenführung, u.s.w.).

29

### 30 **Stärkung des erziehungswissenschaftlichen Teils des Studiums**

31 Die Schule im Jahre 2007 ist weit mehr als nur ein Subsystem der Gesellschaft, das Bildung  
32 vermittelt. In zunehmendem Maße hat die Schule die Aufgabe, Erziehungsleistungen, die das  
33 Elternhaus leider oftmals nicht mehr erbringt, zu übernehmen. Auch steigen mit der Anzahl der  
34 Kinder, deren kultureller Hintergrund kein lokaler ist, die Anforderungen an die Lehrkraft, das

1 jeweilige Fremdverstehen zu fördern und die Kinder zu integrieren. Die Liste ließe sich beliebig  
2 fortsetzen. Das Lehramtsstudium muss die Studierenden für die Lösung dieser Aufgaben  
3 qualifizieren. Die notwendigen Inhalte müssen von Anfang an in das Studium aufgenommen  
4 werden.

5

### 6 **Stärkerer Praxisbezug des Studiums, insbesondere Einführung eines Praxissemesters**

7 Der mangelnde Praxisbezug der Lehrerausbildung ist ein viel beklagtes Übel. In das  
8 Grundstudium soll ein Praxissemester integriert werden, in dem die Studierenden unter  
9 Anleitung von dafür qualifizierten Lehrkräften selbst über größere Strecken Unterrichtsversuche  
10 unternehmen können und/oder gemeinsam mit der betreuenden Lehrkraft zum Einsatz  
11 kommen, etwa in Form von Team-Teaching oder eines Modells „3 Lehrer für 2 Klassen“.

12 Dieses Praxissemester soll den Studierenden dazu dienen, die Relevanz der  
13 Studieninhalte für ihre spätere Tätigkeit zu erkennen und gleichzeitig Grundlage für die  
14 persönliche Selbstreflexion sein. Am Ende des Praxissemesters soll eine Beurteilung durch die  
15 betreuende Lehrkraft stehen, die Eingang in die Endnote findet. Ebenso erfolgt eine  
16 Beurteilung der beruflichen Eignung.

17

### 18 **Einführung eines akademischen Grades für den erfolgreichen Abschluss der ersten Phase der** 19 **Lehrerausbildung**

20 Nicht alle Lehramtsstudenten entscheiden sich für den Schuldienst und legen daher das Zweite  
21 Staatsexamen nicht mehr ab. Die erfolgreiche Absolvierung des Ersten Staatsexamens soll,  
22 ähnlich der Entwicklung in der Juristenausbildung, durch Zuerkennung eines akademischen  
23 Grades honoriert werden, um die Chancen von Bewerbern, die sich gegen die Schullaufbahn  
24 entscheiden, gleichzeitig aber eine dem Magister mindestens gleichwertige Ausbildung  
25 nachweisen können, auf dem Arbeitsmarkt zu erhöhen.

26

### 27 **Stärkere Verzahnung der beiden Ausbildungsphasen (LPO I und LPO II)**

28 Viele angehende Lehrer erfahren einen Bruch zwischen der ersten und zweiten Phase der  
29 Lehrerausbildung, da beide Abschnitte augenscheinlich nur wenig aufeinander aufbauen. Ziel  
30 müsste es sein, beide Phasen stärker zu verzahnen und in ein griffigeres pädagogisches  
31 Gesamtkonzept. Wenn auch der so genannte Praxisschock nicht völlig zu vermeiden ist, so ist  
32 doch bereits während des Studiums in verstärktem Maße auf eine bessere Vorbereitung auf das  
33 Referendariat zu achten. Dies geschieht durch eine praxisnahe pädagogische Ausbildung, die

1 auch Fallstudien und Verhaltenstraining integriert. Wünschenswert ist weiterhin ein erster  
2 Überblick über Fragen des Schulrechts und der Schulorganisation.

3

#### 4 **Referendariat**

5 Das Referendariat soll als vorwiegend praktischer Teil der Lehrerausbildung erhalten bleiben.  
6 Grundsätzlich sollte aber eine Überarbeitung von Form und Inhalten erfolgen. Referendare  
7 sollten als Kollegen und nicht als erwachsene Schüler behandelt werden. Als Ansatzpunkte für  
8 Veränderungen sind zu nennen: Die Anhebung der völlig unangemessenen Besoldung; eine  
9 Ausbildung, welche die Qualifizierung betont und Referendare im Einsatzjahr nicht nur als  
10 billige Arbeitskräfte sieht; die Entbürokratisierung durch die Abschaffung von Protokollen oder  
11 Seminarberichten bis zu einem gewissen Umfang. Die Leistungen der Seminarlehrer werden  
12 von außen sehr unterschiedlich bewertet. Es ist nicht einzusehen, warum hier keine ehrliche  
13 Evaluation, auch seitens der Referendare erfolgt, und warum Seminarlehrerstellen nicht auf Zeit  
14 vergeben werden. Teilweise besteht hier ein personelles Qualitätsproblem, wenngleich das  
15 starre Beamtenrecht ein solches Eingeständnis bzw. gar Gegenmaßnahmen nicht zulässt.

#### 16 **Weiterbildung**

17 Die Verpflichtung zur Weiterbildung besteht bereits in ausreichendem Maße. Regionale und  
18 schulinterne Fortbildungsangebote gilt es zu stärken. Im Rahmen der Personalentwicklung sind  
19 Konzepte wünschenswert, nach denen Fort- und Weiterbildungsprozesse an den Schulen über  
20 den „Pädagogischen Tag“ hinaus initiiert werden können (z.B. gegenseitige Unterrichtsbesuche,  
21 Weiterbildung innerhalb der Fachschaften, genaue Analyse des persönlichen  
22 Fortbildungsbedarfs etc.). Schulische Führungskräfte sind dahingehend zu schulen, dass sie in  
23 der Lage sind, moderne Formen der Personalentwicklung anzuwenden.

24

25

## 26 **11. Lebenslanges Lernen**

27

### 28 **Notwendigkeit des Lebenslangen Lernens**

29 Das weltweite Wissen verdoppelt sich mittlerweile alle 10 Jahre. Demografischer Wandel,  
30 Strukturwandel und eine rasante technologische Entwicklung stellen die Bildung vor ähnlich  
31 große Herausforderungen wie die Globalisierung. Diese Entwicklungen haben schon heute  
32 Auswirkungen auf die Arbeitswelt und vor allem auf die Kompetenzen, über die Arbeitnehmer

1 verfügen sollten. Um wettbewerbsfähig zu bleiben, hat die Wirtschaft sehr wohl ein  
2 Eigeninteresse bei der Fortbildung der Arbeitnehmer. Es gilt nicht nur, die Bereitschaft für ein  
3 lebenslanges Lernen zu fördern, sondern auch dieses lebenslange Lernen in den  
4 Unternehmensalltag zu integrieren. Das richtige Wissen zur richtigen Zeit vorzuhalten, wird zur  
5 unabdingbaren Voraussetzung für wirtschaftlichen Erfolg. „Just in time“ ist auch hier das Gebot  
6 der Stunde. Immer mehr Unternehmen suchen deshalb nach einer sinnvollen Verknüpfung von  
7 Arbeit und Lernen. „Lebenslanges Lernen“ hilft, den Zusammenhalt in der Gesellschaft zu  
8 stärken und Ausgrenzung soweit wie möglich zu vermeiden. Es sollte das Ziel verfolgt werden,  
9 die Bildungsteilhabe zu erhöhen, allen Menschen mehr Chancen zur persönlichen, ihren  
10 Begabungen entsprechenden gesellschaftlichen und beruflichen Entwicklung zu ermöglichen  
11 um den Standort Europa mitzugestalten.

12

### 13 **Berufliche Weiterbildung / Erwachsenenbildung**

14 Zum 1. Januar 2007 ist das EU-Bildungsprogramm für lebenslanges Lernen (PLL) an den Start  
15 gegangen. Mit einem Budget von fast sieben Milliarden Euro wird das bislang größte  
16 europäische Bildungsprogramm von 2007 bis 2013 den europäischen Austausch von Lehrenden  
17 und Lernenden aller Altersstufen sowie die europäische Zusammenarbeit von  
18 Bildungseinrichtungen fördern. Das Programm soll die bildungspolitische Zusammenarbeit in  
19 Europa unterstützen und insbesondere dazu beitragen, die Zielsetzungen der Erklärungen von  
20 Kopenhagen im Bereich der beruflichen Bildung und des Bologna-Prozesses im  
21 Hochschulbereich umzusetzen. Das PLL führt die bisherigen Programme SOKRATES und  
22 LEONARDO DA VINCI unter einem gemeinsamen Dach zusammen. Neben den 27 EU-Staaten  
23 nehmen die Türkei, Norwegen, Island und Liechtenstein am Programm teil. Zu Bedauern ist die  
24 fehlende Transparenz bei Qualifikationen und Kompetenzen: Das Aktionsprogramm des  
25 Europäischen Parlaments und des Rates im Bereich des Lebenslangen Lernens (15. November  
26 2006) forderte einen „Europass“, der heute noch kaum genutzt wird und vor allem im  
27 Unternehmensalltag kaum eine Rolle spielt. Hier ist Aufklärungsarbeit zu leisten.

Beschlossen durch den Landesausschuss am 09. November 2007 in Neutraubling.